Mitteilungen des Förderkreises

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Nummer 6 Juni 1994

Aus dem Inhalt Günter Benser: In eigener Sache S. 1 Kurt Metschies: Information über Mitteilungsblätter, Archivführer und Kurzbestandsübersichten von Archiven der neuen Bundesländer S. 2 Berthold Unfried: Das Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), S. 6 Wien Wolfgang Gröf: Der Nachlaß Kurt Schumachers im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) S. 7 Kurzberichte und Hinweise: SAPMO, Entwicklungsstand und Probleme - Einbringung des FDJ-Archivs - Sassenbach-Gesellschaft - Geheimes Staatsarchiv - Archiv "Grünes Gedächtnis" - Neue Bibliothek in Dresden - Alfred-Klahr-Gesellschaft - Archivgesetz der Russischen Föderation -Ohara-Institut - Neue MEGA S. 9 Aus dem Tagungsgeschehen: Förderkreis - DDR-Geschichte -Walter-Markov-Kolloquium S. 15 Veranstaltungskalender S. 18 Fachliteratur S. 19 Personalien S. 24 Leserzuschriften S. 25

In eigener Sache

Mit dem Wiederaufleben der Mitteilungen unseres Förderkreises wollen wir signalisieren, daß die Frage nach Sinn und Zweck unseres Vereins für überschaubare Zeit ihre Antwort gefunden hat. Die am 4. Dezember 1993 und am 18. März 1994 abgehaltene Jahresversammlung '93 hat sich entschieden, die Tätigkeit des Förderkreises fortzuführen.

Sehr vereinzelt nur haben sich Mitglieder von unserem Verein zurückgezogen. Diese haben darauf verwiesen, daß die Gründe, die zur Bildung unseres Förderkreises geführt haben, nicht mehr gegeben seien. Insofern unser Verein in seiner ersten Phase auf die "Unterstützung aller Bestrebungen" konzentriert war, "Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung geschlossen zu erhalten", haben sie nicht ganz unrecht. In der Tat sind inzwischen Regelungen eingetreten, durch welche die Fortexistenz der bedrohten Archive und Bibliotheken im Rahmen der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" und ihre Benutzbarkeit gesichert erscheint. Doch haben sich Zweck und Handeln des Förderkreises nie in dieser - anfangs gewiß dominanten Aufgabe - erschöpft.

Der Förderkreis wollte zugleich das kulturelle Erbe der Arbeiterbewegung pflegen, Arbeitsergebnisse aus Archiven und Bibliotheken öffentlich machen und die Interessen seiner Mitglieder als Einleger und Nutzer von Beständen vertreten. Diese Aufgaben haben an Bedeutung eher gewonnen als verloren.

Heute, wo nicht nur in Deutschland die Geschichte der Arbeiterbewegung Gefahr läuft, völlig an den Rand des öffentlichen Interesses und der staatlichen Förderung gedrückt zu werden, einen Verein aufzulösen, der dem entgegenwirken will, wäre ein fataler, wohl unverzeihlicher Entschluß. Wir möchten vielmehr durch Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv", gemeinsam oder im Gleichklang mit anderen Vereinen, das Interesse an Geschichte der Arbeiterbewegung beleben. Wir wollen auf die Erwerbung, Erschließung und Pflege ihrer archivalischen, bibliothekarischen und musealen Überlieferungen einwirken. Überschätzen sollten wir unsere Möglichkeiten nicht, unterschätzen gleich gar nicht.

Wenn Sie die in dieser Nummer der Mitteilungen abgedruckten Materialien - das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung, die Ankündigungen von Veranstaltungen, die Informationen über die Situation mancher Archive und Bibliotheken - aufmerksam zur Kenntnis nehmen, werden Sie vielleicht auch das Feld entdecken, auf dem Sie tätig an unseren Bestrebungen teilnehmen können. An Ihren Angeboten und Vorschlägen sind wir immer interessiert.

Günter Benser

Information über Mitteilungsblätter, Archivführer und Kurzbestandsübersichten von Archiven der neuen Bundesländer

Vorbemerkung: Nachstehend wird ein erster Überblick über neu erschienene Mitteilungsblätter, Archivführer und Kurzbestandsübersichten von Archiven der neuen Bundesländer gegeben. Schwerpunkt der Berichterstattung soll in erster Linie die Information über Beiträge sein, die die Erfassung, Bewertung, Erschließung und Auswertung von Archivgut der Parteien und Massenorganisationen der DDR zum Gegenstand haben. Es wurde Vollständigkeit angestrebt. Redaktionsstand der Angaben ist der 15.05.94. Herausgeber und Redaktion der Mitteilungen des Förderkreises bitten künftig um detaillierte Zuarbeit aus dem Kreis der Leserschaft.

Aus den auch die Archive im Beitrittsgebiet tangierenden staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen ergab sich das aktuelle Erfordernis, über die erheblichen quantitativen und qualitativen Änderungen in der archivischen Zuständigkeit und im Bestandsprofil der bestehenden Archive bzw. über Neubildungen die interessierte Öffentlichkeit schnell und umfassend zu unterrichten. So haben sich die Länder Brandenburg¹, Sachsen² und Thüringen³ zur kurzfristigen Herausgabe von Periodika, den sogenannten Mitteilungen aus dem Archivwesen der entsprechenden Länder, entschlossen. In ihrem inhaltlichen Aufbau sind sie einander gleich. Beiträge zur neuen Archivgesetzgebung, z. T. mit Abdruck der Originaltexte der Länderarchivgesetze⁴, wechseln ab mit umfassenden Informationen über wichtige Aufgabenbereiche der Archive. Recht aufschlußreich sind die Situationsberichte über Archive außerhalb des staatlichen Archivwesens. Breiten Raum nehmen Detailangaben zu Beständen bzw. Bestandsgruppen ein. Hinweise auf Publikationsvorhaben, hier vor allem Hinweise auf Bestandsübersichten der unterschiedlichen Intensität oder Quellenpublikationen, sind ein weiterer Themenbereich der Mitteilungsblätter. Von großem Nutzen sind die rein praktischen Angaben zu den Archiven wie z. B. Anschriften etc. Zumeist beschließen Personalangaben die einzelnen Hefte.

Im folgenden soll auf eine Reihe von Beiträgen verwiesen werden, die einen engen Bezug zu der archivalischen Überlieferung der von der Stiftung verwalteten Bestände haben und den potentiellen Nutzer auf wichtige Quellen in den Landeshauptarchiven hinweisen.

Brandenburg: Ilka Hebig berichtet in ihrem Beitrag "Die Übernahme des Archivgutes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in das Brandenburgische Landeshauptarchiv"⁵ über die Übernahme von 2000 lfm Akten aus den SED-Bezirksparteiarchiven Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam. Die Übernahme erfolgte auf der Grundlage eines Vertrages zwischen dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Landesvorstand der PDS vom 20. Jan. 1992. Die Benutzung der Archivalien ist seit Sommer 1992 möglich.

Im Beitrag "Neue Veröffentlichungen. Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 1958 - 1993" wird auf das Erscheinen des Bd. 27 der Veröffentlichungen des

Brandenburgischen Landeshauptarchivs "Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851 - 1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen. Eingeleitet von Prof. Dr. Friedrich Beck und Prof. Dr. Walter Schmidt. Weimar 1993 (ISBN 3-7400-0168-2)" eingegangen. Mit der vorliegenden Publikation setzt das Potsdamer Archiv seine beachtenswerten Fondseditionen zur Geschichte der Arbeiterbewegung erfolgreich fort.

Sachsen: Manfred Ungers Beitrag "Bestandsverzeichnis des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig" weist auf die inzwischen erschienene Übersicht hin. Von Interesse ist der Hinweis auf die im dortigen Archiv befindlichen Bestände: "Nationale Front der DDR, Bezirksausschuß Leipzig (1963 - 1983, 12 lfm); Kulturbund der DDR, Bezirksleitung Leipzig (1952 - 1990, 32 lfm); Kulturbund der DDR, Stadtleitung Leipzig (1945 - 1986, 4 lfm); Bezirksfriedensrat Leipzig (1952 - 1961, 3,5 lfm) und andere gesellschaftliche Verbände". Sämtliche Bestände sind erschlossen und zugänglich.

Der Beitrag von Gerald Kolditz "Zur Übernahme der ehemaligen SED-Bezirksparteiarchive Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig in die Sächsischen Staatsarchive" informiert über die Einzelheiten der erfolgten beiderseitigen vertraglichen Übernahme des Archiv- und Sammlungsgutes (hier 1320 lfm SED-Bezirksleitung Dresden; 900 lfm SED-Bezirksleitung Leipzig; 1570 lfm SED-Bezirksleitung Chemnitz einschließlich der Gebietsleitung IG Wismut).

Thüringen: Der Beitrag von Lutz Schilling "Zur Übernahme von Parteien und Massenorganisationen der DDR aus den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl in die Staatsarchive des Landes Thüringen" 10 erörtert grundsätzliche Fragen dieses Problems.

Katrin Beger informiert in ihrem Beitrag "Übernahme des ehemaligen Bezirksgewerkschaftsarchivs Gera durch das Thüringische Staatsarchiv Rudolstadt" 11 über die 240 lfm umfassende Überlieferung zur neueren deutschen Gewerkschaftsgeschichte.

Lutz Schillings Beitrag "Einbringungsvertrag zwischen dem Land Thüringen und dem PDS-Landesvorstand" 12 schildert Einzelheiten des zwischen dem Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Landesvorstand der PDS am 8. Juni 1993 abgeschlossenen Einbringungsvertrags. Mit diesem Vertrag gibt die PDS, die nach dem Thüringer Archivgesetz nur verpflichtet war, SED-Unterlagen, die in Wahrnehmung staatlicher Aufgaben entstanden sind, an die Staatsarchive abzugeben, fast 3000 lfm Archiv-, Bibliotheks- und Sammlungsgut unterschiedlicher Eigentümer in die staatliche Verwaltung der Archive des Landes Thüringen. 13

Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verfügen derzeit noch über keine Mitteilungsblätter. Analog zu den übrigen Ländern wurden jedoch auch entsprechende Maßnahmen zur Sicherung und Erfassung von Archivgut der Parteien und Massenorganisationen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich durch die Landeshauptarchive eingeleitet.

Für Sachsen-Anhalt ¹⁴ und Mecklenburg-Vorpommern ¹⁵ kann auf Archivführer als Mittel zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Gesamtbestand der Archive und die Auswertungsmöglichkeiten von Archivgut ¹⁶ hingewiesen werden. In beiden Veröffentlichungen wird auf die umfangreiche Überlieferung der ehemaligen SED-Bezirksleitungen bzw. der vorhergehenden Landesleitungen der SED und der übrigen gesellschaftlichen Organisationen wie Nationale Front, FDGB, Kulturbund und VdGB hingewiesen.

Brandenburg und Sachsen verfügen derzeit noch über keine neuen Archivführer.

An dieser Stelle sollen ganz besonders hervorgehoben werden die Aktivitäten des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar ¹⁷ sowie der Thüringischen Staatsarchive Meiningen¹⁸ und Rudolstadt¹⁹ sowie dessen Außenstelle Greiz²⁰, die mit ihren Kurzübersichten auf knappestem Raum eine Detailfülle von quellenkundlichen Informationen in solider Aufbereitung für den Nutzer dieser Archive bereithalten. Die Tektonikgruppen "Parteien und gesellschaftliche Organisationen" vermitteln auf eindrucksvolle Art und Weise, welche oftmals nicht einfache Arbeit der Sicherung von Archivgut dieser Bestandsgruppen bereits vor 1989 von den Archivaren dieser Archive geleistet worden ist. So verfügt das Hauptstaatsarchiv Weimar über die Überlieferung folgender Bestandsbildner: Nationale Front der DDR, Bezirkssekretariat Erfurt (1949 - 1960); Nationale Front der DDR, verschiedene Kreissekretariate (1960 - 1990); Kulturbund der DDR, Bezirkssekretariat Erfurt (1952 - 1979); Kulturbund der DDR, verschiedene

Kreissekretariate (1972 - 1990); Friedensrat des Bezirkes Erfurt (1950 - 1962); Bezirksausschuß für Jugendweihe Erfurt (1975 - 1989). Das Thüringische Staatsarchiv Meiningen verwahrt u. a. Bestände des Bezirksausschusses Suhl und der Kreisausschüsse der Nationalen Front der DDR (1949 - 1989), des Bezirksvorstandes Suhl des DFD (1975 - 1987), der Bezirksleitung Suhl der FDJ und der Kreisleitung Meiningen (1979 - 1989), der Bezirksleitung Suhl des Kulturbundes und der Kreisleitung Meiningen (1984 - 1989). Im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt sind folgende Bestände von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen vorhanden: SED-Bezirksparteiarchiv Gera, Betriebsparteileitung der SED des VEB Zellstoff- und Papierfabrik Blankenstein (1954 - 1990); FDGB-Bezirksvorstand Gera (1952 -1990); Deutsches Rotes Kreuz, Bezirkskomitee Gera (1952 - 1990); Kreisblock der Antifaschistischen Parteien Saalfeld (1945 - 1950); Bezirksfriedensrat Gera (1953 - 1962) und Nationale Front Gera (1975 - 1989). Die Außenstelle Greiz des Thüringischen Staatsarchivs Rudolstadt verfügt über den Bestand Kulturbund Greiz (1945 - 1990) und den Kreisausschuß für Jugendweihe Greiz (1954 - 1990). Mit den vorliegenden Kurzübersichten haben die thüringischen Archive einen methodisch und für den Nutzer interessanten Weg beschritten: mit einem Minimum an Aufwand ein derzeit mögliches Optimum an Information. Das könnte auch Richtschnur für die Staatsarchive der anderen neuen Bundesländer sein. Für das Landeshauptarchiv Brandenburg ist trotz aller aktuellen Belastungen die Bearbeitung einer ausführlichen Beständeübersicht für die Zeit des Landes Brandenburg 1945 - 1952 als ein für die Forschung vordringliches Hilfsmittel in Angriff genommen worden.²¹ Sachsen plant die Erarbeitung eines Sächsischen Archivführers, in dem die Archive des Staates, der Kommunen, der Gebietskörperschaften, Kirchen und sonstiger Einrichtungen sowie der Wirtschaft mit ihren Beständen ausführliche Darstellung finden werden.²² Wünschenswert wäre, wenn die ursprünglich auf 5 Bände berechnete Gesamtübersicht über die Bestände des Landeshauptarchivs Magdeburg, die u. a. die Bestandsgruppen Bestände nach 1945 (Landesregierung und Kreisverwaltungen; Bezirkstage/Räte der Bezirke; Volkseigene Wirtschaft; Gesellschaftliche Organisationen; zirksparteiarchive der SED Halle und Magdeburg) vorstellen sollte, wenigstens in einer Kurzfassung erscheinen könnte.23 Die hier zitierten Mitteilungsblätter, Archivführer und Kurzbestandsübersichten der erwähnten Landeshaupt- bzw. Hauptstaatsarchive können direkt von diesen bezogen werden, da die genannten Schriften sämtlich außerhalb des Buchhandels erscheinen 24

An dieser Stelle soll - obwohl es sich nicht um Periodica des Archivwesens der neuen Länder handelt - auf 2 Reihen hingewiesen werden, die in engem Kontext zu den vorhergehenden Ausführungen stehen. So werden seit Februar 1993 die "Mitteilungen aus dem Bundesarchiv"²⁵ herausgegeben. Bisher sind 3 Hefte erschienen, aus denen folgende Beiträge, da besonders zum Thema relevant, zu nennen sind: "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv"²⁶; Simone Walther: "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Gruppe A. Über die Aufgaben des Referates A2" (Übernahme, Sicherung und Erschließung der Unterlagen der SED, ihrer Leitungsgremien, Querschnittsbereiche, Fachabteilungen und nachgeordneten Bereiche)²⁷; Elrun Dolatowski: "Gruppe B. Kilometer Bücher in Regalen und dann?" (Kurzbeschreibung der Bestände der Bibliothek der Stiftung)²⁸ und Anette Meiburg: "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv: Konstituierende Sitzung des Kuratoriums und Amtseinführung des Direktors"²⁹.

Seit 1991 veröffentlicht das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e. V. Berlin Jahresberichte. ³⁰ Das Institut hatte sich verdient gemacht um die Sicherung der archivalischen Überlieferung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und bis zum Übergang des Archivs in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv die fachliche Verantwortung für die Erschließung und Auswertung dieses Bestandskomplexes getragen. Für potentielle Nutzer der Archivbestände der FDJ sind die vorzüglichen quellenkundlichen und bibliographischen Informationen, die die einzelnen Beiträge der bisher erschienenen drei Bände vermitteln, besonders wertvoll. Die Jahresberichte werden im Eigenverlag des Instituts für

zeitgeschichtliche Jugendforschung e. V., Berlin, Thulestraße 48 - 64, 13189 Berlin-Pankow, veröffentlicht und können von dort auch bezogen werden. Kurt Metschies

- 1 Brandenburgische Archive. Mitteilungen aus dem Archivwesen des Landes Brandenburg. Hrsg. vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam in Verbindung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. H. 1 und 2. 1993.
- 2 Sächsisches Archivblatt. Mitteilungen aus dem Sächsischen Archivwesen. Hrsg. von den Sächsischen Staatsarchiven in Verbindung mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Landesverband Sächsischer Archive im Verein deutscher Archivare. Nr. 1. Juni 1992 u. Nr. 2. Febr. 1993.
- 3 Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt. Hrsg. von den Thüringischen Staatsarchiven im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Nr. 1-5.1992 1993.
- 4 Z. B. Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut v. 23. Apr. 1992; in: Archive in Thüringen Nr. 3/1992, S. 2-6.
- 5 Vgl. Brandenburgische Archive. H. 2. 1993, S. 6-7.
- 6 A.a.O., S. 14-16.
- 7 Vgl. Sächsisches Archivblatt Nr. 1. Juni 1992, S. 13.
- 8 Staatsarchiv Leipzig. Bestandsverzeichnis. Bearb. v. M. Unger, V. Jäger, G. Gebauer unter Mitarbeit von A. Brekle, C. Enderlein, J. Hallert, D. Herrmann, E. Kretzschmar, M. Külow. Leipzig 1992. XVIII, 70 S. = (Leipziger Archivinventare Bd. 2). Vgl. hierzu Rezension in: AM 42(1993)3, S. 114-115.
- 9 Vgl. Sächsisches Archivblatt Nr. 2 Febr. 1993, S. 8-12.
- 10 Vgl. Archive in Thüringen Nr. 4/1993, S. 13-14.
- 11 A. a. O., S. 14-15.
- 12 Vgl. Archive in Thüringen Nr. 5/1993, S. 2.
- 13 Vgl. die detaillierte inhaltliche und quellenkundliche Beschreibung der im früheren Bezirksparteiarchiv Erfurt vorhandenen Bestände bei: Monika Nakath: Zu Platz und Aufgaben des Bezirksparteiarchivs Erfurt der SED unter besonderer Berücksichtigung des Teilbestandes "Bezirksleitung Erfurt der SED 1987 1989". Abschlußarbeit Humboldt-Universität zu Berlin. Institut für Geschichtswissenschaften. Bereich Archivwissenschaft. Berlin 1992. 60 S. (Typoskript)
- 14 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt. Kleine Schriftenreihe H. 1. Hrsg. vom Direktor des Landeshauptarchivs. Magdeburg 1993. 47 S. mit Abb.
- 15 Landeshauptarchiv Schwerin. Hrsg.: Landeshauptarchiv Schwerin 1991. o. S. (12 S. mit Abb.)
- 16 Vgl. Definition in: Lexikon Archivwesen der DDR, Hrsg. v. d. Staatlichen Archivverwaltung des Min. des Innern der DDR, Berlin 1976. - S. 41.
- 17 Kurze Übersicht über die Bestände des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar. Hrsg. v. Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar. Als Ms. gedr. (Weimar) 1992. 31 S. mit Lit.
- 18 Kurze Übersicht über die Bestände des Thüringischen Staatsarchivs Meiningen. Hrsg. v. Thüringischen Staatsarchiv Meiningen. 1. Aufl. 1991. 12 S. mit Lit.
- 19 Kurze Übersicht über die Bestände des Thüringischen Staatsarchivs Rudolstadt. Hrsg. v. Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt. 2. überarb. Aufl. 1993. 12 S. mit Lit. = Informationsheft Nr. 1. Sehr wertvolle Informationen auch über die Presse der Arbeiterbewegung sowie der Presseerzeugnisse der SBZ/DDR vermittelt das Informationsheft Nr. 4: Zeitungen und Intelligenzblätter im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt und der Außenstelle Greiz. Hrsg. vom Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt. 1. Aufl. 1993. 12 S. mit Lit.
- 20 Kurze Übersicht über die Bestände der Außenstelle Greiz des Thüringischen Staatsarchivs Rudolstadt. Hrsg. vom Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt. 1. Aufl. 1993. 10 S. mit Lit. = Informationsheft Nr. 3.
- 21 Vgl. hierzu Klaus Neitmann: Das Brandenburgische Landeshauptarchiv Aufgaben und Perspektiven in Gegenwart und Zukunft. In: Brandenburgische Archive H. 1/1993 S. 5 7, bes. S. 7.
- 22 Vgl. Ingrid Grohmann: Die Erarbeitung eines Sächsischen Archivführers. In: Sächsisches Archivblatt Nr. 2 Febr. 1993, S. 7-8.
- 23 Vgl. Archivführer Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt. Kleine Schriftenreihe H. 1. Magdeburg 1993, bes. S. 42.
- 24 Die neuesten Anschriften der Landeshauptarchive bzw. Hauptstaatsarchive sind nachgewiesen in: Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Deutschland. 43. Jg. 1993/94. Hrsg. v. Albert Oeckl. Bonn 1993. S. 1011-1018.
- 25 Mitteilungen aus dem Bundesarchiv. Red. Tilman Koops, Annegret Schöttler. H. 1-3. 1993.
- 26 A. a. O. H. 1/1993, S. 30-32. Vgl. den vollständigen Text des Erlasses des BMI über die Errichtung einer "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" v. 6.4.1992. In: Gemeinsames Ministerialblatt. Hrsg. v. Bundesminister des Innern. 43(1992)16, S. 309 312.
- 27 A. a. O. H. 2/1993, S. 74-75.
- 28 A. a. O. H. 2/1993, S. 76 78.

29 A. a. O. H. 3/1993, S. 131 - 132.

30 Bisher sind drei Jahresberichte des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung e. V. erschienen: 1990 - 1991. (Berlin 1991). 183 S. - 1992. (Berlin 1992), 246 S. - 1993. (Berlin 1993). 291 S. - Vgl. hierzu Rezension der Jahrgänge 1990 - 1992 in: AM 42(1993)5, S. 207.

Das Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Wien

Das seit 1933/34 durch Auslagerung und staatliche Beschlagnahme im Februar 1934 getrennte Archiv der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs konnte 1991 im VGA wieder zusammengeführt werden. Schon bisher waren jene Teile des Parteiarchivs, die kurz vor der Zerschlagung der SDAPÖ ins Ausland gebracht worden waren und nach 1945 nach Österreich zurückkamen, im VGA der Benutzung zugänglich. Der im Februar 1934 beschlagnahmte größere Teil des Parteiarchivs war dem österreichischen Staatsarchiv einverleibt worden. Langjährige Restitutionsverhandlungen führten 1991 zur Wiedervereinigung des Alten Parteiarchivs im VGA. Zusammen mit den Nachlässen führender Persönlichkeiten der österreichischen Arbeiterbewegung, dem durch Neuordnung konstituierten "Archiv der Partei in der Illegalität und in der Emigration" und dem 1990 dem VGA überantworteten (bisher noch nicht inventarisierten) Archiv der SPÖ nach 1945 verfügt der VGA nun über ein geschlossenes Archiv der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Österreich 1890 - 1980:

Adler-Archiv

Papernachlaß von Victor und Friedrich Adler. Familienbriefe und -papiere, Korrespondenz von V. und F. Adler unter anderen mit August Bebel, Otto Bauer, Eduard Bernstein, Leon Blum, Heinrich und Lilly Braun, Theodor Dan, Ignaz Dasczinsky, Albert Einstein, Friedrich Engels, Karl Kautsky, Lenin, Ernst Mach, Franz Mehring, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Romain Rolland, Andreas Scheu, Franz Schuhmeier, G.B. Shaw, Adolf Sturmthal, Filippo Turati.

Altes Parteiarchiv

Die erhalten gebliebenen und an die SPÖ zurückgelangten Teile des Archivs der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bis 1934. Sitzungsprotokolle Parteivertretung und Parteivorstand; Protokolle des sozialdemokratischen Parlamentsklubs; Arbeiter- und Soldatenräte; Republikanischer Schutzbund; Parteitage und Parteikonferenz (darunter das verschollen geglaubte und 1987 aufgefundene Protokoll des außerordentlichen Parteitags im Oktober 1933); Landesparteiorganisationen; Parteiorganisationen, Presse, Verlage und Unternehmungen; Schiedsgerichte 1897-1932; Heeres- und Militärangelegenheiten; Polizei, Gendarmerie; Partei und Internationale 1900-1932. Teilnachlässe: Friedrich Austerlitz, Julius Deutsch, Karl Höger, Franz Schuhmeier. Insgesamt 133 Mappen, ca. 10 lfm.

Archiv der Illegalität und der Emigration

Insbesondere Sozialistenprozesse und Archiv der ALÖS (Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten, Brünn und Prag), Österreicher in der Sowjetunion, American Friends of Austrian Labor (USA). Neuordnung 1990/91, 23 Kartons.

"Parteistellenarchiv"

Korrespondenz des Sekretariats, Parteiorganisationen und Vorfeldorganisationen, Organisation Wien, Internationales Büro, Organisation in den Kronländern der Monarchie, Presse (236 Kartons, 1889/90-1934); Militärverband der Republik Österreich (44 Kartons und 37 Bücher, 1920-1934); Sozialdemokratischer Parlamentsklub (194 Kartons, 1907-1934); Arbeiterbank (18 Kartons, 1924-1934); Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich (13 Kartons, 1912-1934).

Neues Parteiarchiv

Im wesentlichen die Korrespondenz des Zentralsekretariats von 1945 bis 1985. Ca. 300 Kartons, derzeit noch nicht öffentlich zugänglich.

Nachlaß Adolf Schärf

Papiernachlaß von Adolf Schärf, vornehmlich aus seiner Zeit als Parteivorsitzender, Vizekanzler und Bundespräsident (1945-1965); Notizen, Gedächtnisprotokolle, Manuskripte, politische

und Privatkorrespondenz seit 1917. Öffentlich zugänglich ab Herbst 1991, 64 Kartons und mehrere Kisten Foto- sowie sonstige Materialien.

Diverse Teilnachlässe

von Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie: Unter anderen Josef Buttinger, Wilhelm Ellenbogen, Karl Furtmüller, Ferdinand Hanusch, Oskar Helmer, Benedikt Kautsky, Theodor Körner, Karl Maisel, Ernst Papanek, Engelbert Pernerstorfer, Oscar und Marianne Pollak, Gabriele Proft, Karl Seitz, Andreas Scheu, Franz Schuhmeier. Sach- und Personenarchiv: Reichhaltige Sammlung von Dokumenten, Briefen, Flugblättern, Flugschriften, Aufrufen und Zeitungsausschnitten vorwiegend aus der Zeit der Monarchie und Ersten Republik sowie aus der Zeit der Illegalität und Emigration. Teilnachlässe, Sach- und Personenarchiv zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung umfassen ca. 1,3 Millionen Einzeldokumente. Eine wertvolle Ergänzung dieser archivalischen Bestände bilden neben einer Fotosammlung (ca. 10.000 Einzelobjekte mit Schwerpunkt auf Monarchie und Erster Republik) eine umfangreiche Bibliothek, eine Zeitungs- und Zeitschriftensammlung sowie eine

Museale Sammlung

Fahnen, Büsten, Embleme, Abzeichen, Plaketten, großformatige beziehungsweise gerahmte Bilder, Ausstellungsexponate. Im Aufbau begriffen: Sammlung von Plakaten, Tonträgern, Diapositiven, Mikro- und Videofilmen. - Reichsparteivorstandssaal der österreichischen Sozialdemokratie mit original erhaltener Jugendstiltäfelung. - Victor-Adler-Gedächtnisraum mit Originalmöbeln aus dem Nachlaß Adlers und seiner Frau Emma. - 1. Mai-Sammlung: geschlossene Kollektion von Maiabzeichen, -plaketten, -festschriften und -plakaten.

In der Forschungs- und Publikationstätigkeit - sie soll demnächst in einem eigenen Forschungsinstitut regruppiert werden - ist seit einigen Jahren die Stalinismus-Forschung ein Schwerpunkt. Von den laufenden Projekten, die das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziert, seien besonders erwähnt die Untersuchungen "Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945" und "Realsozialismus' und kollektives Gedächtnis" (am Beispiel der Tschechoslowakei). Daneben laufen am VGA auch Forschungsprojekte über die österreichische sozialdemokratische Emigration in den USA und Otto Bauer im Exil. Als wissenschaftliches Publikationsorgan gibt der VGA seit 1985 ein Jahrbuch heraus.

Anschrift des VGA: Rechte Wienzeile 97, A-1050 Wien; Telefon: 5457870 (Vorwahl Inland: 0222; Ausland: 00431); Fax Nr.: 545 3097

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Donnerstag 10.00 - 16.00 Uhr, Dienstag 10.00 - 19.00 Uhr.

Der Nachlaß Kurt Schumachers im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn)

Die bisher erschienenen Biographien von Kurt Schumacher (1895 - 1952) stützen sich im wesentlichen auf den Alt-Bestand Kurt Schumacher im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). - Der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, im westpreußischen Culm (wieder polnisch: Chelmno) geboren, war ab 1920 Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart, ab 1924 Abgeordneter des württembergischen Landtags, seit September 1930 Reichstagsabgeordneter. Die Nationalsozialisten hielten ihn 10 Jahre in Konzentrationslagern fest. Nach seiner Freilassung war er Angestellter in einer Fabrik in Hannover, wo er unmittelbar nach der Besetzung der Stadt durch die alliierten Truppen im Mai 1945 mit dem Wiederaufbau der SPD begann. Als vorläufige Parteileitung eröffnete er das "Büro Dr. Schumacher", das sich nach der Rückkehr der überlebenden Mitglieder des Exilvorstandes als "Büro der Westzonen" konstituierte. An dessen Stelle trat im Mai 1946 der auf dem ersten Nachkriegsparteitag gewählte Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zum bisherigen "Bestand Schumacher" (14,00 lfm) im AdsD gehören im wesentlichen die Korrespondenz des "Büro Dr. Schumacher" sowie die Handakten Schumachers als Leiter des "Büros der Westzonen" und als Parteivorsitzender von 1946 bis zu seinem Tode im Jahre 1952. Aufgenommen sind ferner - und in einer späteren Bearbeitung angereichert - Sammlun-

gen zur publizistischen Tätigkeit (auch Manuskripte mit handschriftlichen Korrekturen), Glückwünsche zu seinen Geburtstagen, Beileidskundgebungen anläßlich des Todes sowie biographisches Material (dies letztere, teils auf Mikrofilm und in Kopien, auch aus dem Zeitraum 1906 - 1952). - Seit Oktober 1992 hat Annemarie Renger, Bundestagspräsidentin a.D. und früher enge politische Wegbegleiterin des SPD-Nachkriegsvorsitzenden, dem AdsD kontinuierlich umfangreiche schriftliche Unterlagen Kurt Schumachers aus ihrem Besitz überlassen. Darunter eine 47-seitige Textfassung des programmatischen Referats "Wir verzweifeln nicht!", das Schumacher am 6. Mai 1945 - noch vor der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches - vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers hielt. Diese Unterlagen (ca. 4,0 lfm) dokumentieren die internationalen Beziehungen und die Arbeit der SPD für einen "Neuaufbau" Deutschlands. Sie stellen damit eine wertvolle Ergänzung des beschriebenen "Alt"-Bestandes (für den Zeitraum 1945 - 1952) in der Friedrich-Ebert-Stiftung dar.

Vor kurzem schließlich hat das AdsD auch die vierzehn, der Öffentlichkeit ebenfalls bislang weitgehend unbekannten Original-Terminkalender (Zeitraum: 1945 - 1952) sowie insgesamt 38 persönliche Dokumente und Ausweise (Zeitraum: 1902 - 1950) Kurt Schumachers von Annemarie Renger übernehmen können. Die Terminkalender hat der Nachlasser persönlich geführt. Ihr zeitgeschichtlicher Wert läßt sich an einem Beispiel demonstrieren: Einer von zwei Kalendern des Jahres 1949 notiert die Treffen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Schumacher und deutet damit an, wie die dramatische Situation im Deutschen Bundestag nach dem berühmten Zwischenruf "Kanzler der Alliierten" des SPD-Fraktionsvorsitzenden (Bundestags-Nachtsitzung am 24./25.11.1949) bereinigt wurde.

Die persönlichen Dokumente und Ausweise können hier nur beispielhaft vorgestellt werden:

- Geburtsurkunde (beglaubigte Zweitausfertigung, 25. März 1902): Vornamen "Curt, Ernst, Carl"
- Kriegsfreiwilligen-Militärpaß (1914/1918)
- Mitgliedskarte Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer (1917/1918)
- Mitteilung des Versorgungsamtes Stuttgart an Kurt Schumacher, "z. Zt. Konzentrationslager Heuberg" vom 25.10.1933 (Ruhen der Versorgungsbezüge wegen Betätigung "im marxistischen Sinne")
- Entlassungsschein Konzentrationslager Dachau (Ausstellungsdatum: 16.3.1943)
- Mitgliedsbuch der Deutschen Arbeitsfront (Ausstellungsdatum: 1.6.1943)
- Arbeitsbuch des Deutschen Reiches (Ausstellungsdatum: 19.6.1943)
- Bombenpaß/Ausweis für Fliegergeschädigte, Schwerkriegsbeschädigtenausweis
- Entlassungsschein Konzentrationslager Neuengamme (Ausstellungsdatum: 20.9.1944)
- SPD-Mitgliedsbücher und -Funktionärsausweise (Dezember 1945)
- Arbeitspaß Arbeitsamt Hannover, Reisedokumente und -bescheinigungen (1947)
- Entnazifizierungs-Bescheide (1948, 1949)
- Personalausweis Britische Zone (1948/1950)
- Mitteilung Kreiswahlleitung Hannover über die Wahl Kurt Schumachers in den ersten Deutschen Bundestag (20.8.1949)
- Vorläufige Mandatskarte für den ersten Deutschen Bundestag
- Bundestags-Abgeordnetenausweis (Ausstellungsdatum: 3.11.1949)

Diese Dokumente leisten in einer ungewöhnlichen Dichte einen neuen und ergänzenden Beitrag zur Biographie des sozialdemokratischen Politikers.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung würdigt alle Unterlagen als einzigartige und zentrale Zeugnisse der deutschen Zeitgeschichte. Nach ihrer Sichtung, Ordnung und Verzeichnung liegt zum Jahresende ein insgesamt 5-bändiges Findbuch (Bd. 5 = Registerband) zum "Bestand Kurt Schumacher" vor. Alle Dokumente stehen damit der historischen Forschung zur Verfügung.

Wolfgang Gröf

Kurzberichte und Hinweise

SAPMO, Entwicklungsstand und Probleme. Anläßlich der Mitgliederversammlung des Förderkreises am 18.3.1994 gab Konrad Reiser, seit Oktober 1993 Direktor der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), einen Überblick über die Stellung der

Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), einen Überblick über die Stellung der Stiftung in der Struktur des Bundesarchivs sowie über ihre Gliederung und einige aktuelle Probleme. Er würdigte den Reichtum der vorgefundenen Bestände und Qualifikation wie Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Fülle der Aufgaben müsse mit einem knappen Jahresetat von 8 - 9 Millionen DM und einem auf 87 reduzierten Mitarbeiterstamm bewältigt werden.

Große Erschwernisse ergäben sich aus der Tatsache, daß die Bestände der Stiftung gegenwärtig auf neun Standorte im Raum Berlin-Potsdam und sogar bis Gummersbach und St. Augustin verteilt sind. Konrad Reiser gab der Hoffnung Ausdruck, daß frühestens 1995 eine Zusammenführung in einem geeigneten Gebäude in Berlin möglich wird. Als weitere zu lösende Probleme nannte er - bedingt durch den starken Besucherandrang - den Interessenkonflikt zwischen der Erhaltung und der Benutzung von Archiv- und Bibliotheksgut, der es nötig macht, besonders gefährdete Bestände nur noch in Mikroform benutzen zu lassen; ferner den nur durch arbeitsintensive Überprüfungen zu lösenden weiteren Interessenkonflikt zwischen den Vorschriften des Datenschutzes und den Erwartungen der Benutzer. Dringend sei auch, den Abschluß der Einbringungsverträge mit den Depositaren zu Ende zu führen wie überhaupt vertrauensvolle Beziehungen mit den Einbringern herzustellen oder zu festigen. Außerordentlich arbeitsaufwendig sei auch die Aufgabe der Bibliothek, aus etwa einem halben Dutzend früher getrennter Bibliotheken möglichst schnell eine geschlossene wissenschaftliche Bibliothek zu formen.

Die Struktur der Stiftung ist bereits stabil: die Gruppen A = Archiv und B = Bibliothek sind jeweils in sechs bzw. drei Referate gegliedert. Der Direktor wird unterstützt durch ein bereits vom Bundesinnenminister berufenes zwanzigköpfiges Kuratorium, in dem die abgebenden Institutionen mit sieben Mitgliedern vertreten sind, und durch einen Ende Mai zu wählenden Wissenschaftlichen Beirat.

In der anschließenden lebhaften Debatte informierte Konrad Reiser u. a. darüber, wie es derzeit um die notwendige Einbringung der Archive der CDU (Ost), der LDPD, der DBD und der FDJ in die Stiftung steht.

H. G.

Einbringung des FDJ-Archivs. Mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e. V. (IzJ) am 16. Februar 1994 konnte ein Schlußstrich unter die jahrelangen Auseinandersetzungen um den endgültigen Verbleib des FDJ-Archivs gezogen werden. In diesem Vertrag tritt das IzJ dem im Dezember 1992 geschlossenen Einbringungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Deutschen Jugend e. V. (fdj) bei, in dem die Bestände des FDJ-Archivs in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv eingebracht wurden.

Nach der Einigung mit dem IzJ konnten die Bestände des FDJ-Archivs, die bisher in der Thulestraße 48 - 64 in Berlin lagerten, in die unmittelbare Verwaltung der Stiftung übernommen und in ihr Hauptgebäude in der Wilhelm-Pieck-Str. 1 umgelagert werden. Die Bestände sind dort nach Abschluß der Umzugsarbeiten ab dem 2. Mai 1994 wieder zugänglich.

Der Gesamtumfang der von der Stiftung aus der Thulestraße übernommenen FDJ-Bestände beträgt ca. 2 500 lfm Die Hälfte davon ist beim Zentralrat der FDJ entstanden, dabei handelt es sich vor allem um Tagungen des Zentralrates, Sitzungen des Büros und des Sekretariats des Zentralrates, Unterlagen der 1. Sekretäre sowie einzelner Zentralratssekretäre, Schriftgut der Abteilungen des Zentralrates (Arbeiterjugend, Landjugend, Schuljugend, Studenten, Berufsausbildung, Internationale Verbindungen, Agitation, Propaganda, Kultur, Staat und Recht, Bewaffnete Kräfte, Verbandsorgane, Gesamtdeutsche Arbeitsgruppe/Zentrale Arbeitsgruppe

ZAG) sowie Unterlagen der Jugendhochschule Wilhelm Pieck in Bogensee. Von Landes-, Bezirks- und Kreisleitungen sowie von Schulen der FDJ wurden ca. 1 000 lfm Schriftgut vom Archiv der FDJ übernommen. Der Bestand Pionierorganisation Ernst Thälmann umfaßt ca. 60 lfm. Außerdem wurden ca. 300 lfm Druckschriften und Sammlungsgut eingebracht. Dazu kommen noch ca. 150 lfm Kaderunterlagen der FDJ, die bereits seit Dezember 1991 vom Bundesarchiv im Auftrag der Treuhandanstalt verwaltet wurden.

Anette Meiburg

Vorhaben der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft. Nach teilweise kontroverser Diskussion wurde auf einer Mitgliederversammlung einstimmig die Bildung eines "Gesprächskreises zur Gewerkschaftsgeschichte der SBZ/DDR von 1945 bis 1990" beschlossen. Unter dem Patronat der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft wollen sich frühere Funktionäre aus den Einzelgewerkschaften des FDGB sowie junge Historiker zusammenfinden, um sich mit Ergebnissen, Problemen und Prozessen der vierzigjährigen Gewerkschaftsgeschichte im Osten Deutschlands auseinanderzusetzen. Der Disput sei unverzichtbar, um in Ost und West Lernprozesse zu befördern und niemanden ins Abseits zu stellen, wurde in der Diskussion betont.

Als ein mögliches erstes Editionsprojekt in Verbindung mit dem von Helga Grebing geleiteten Institut zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum wurde von ihr die Publikation des vollständigen Protokolls der sogenannten Bitterfelder Konferenz des FDGB vom November 1948 genannt und als Herausgeber Detlev Brunner vorgesehen. Seitens der Mitglieder gab es eine Fülle von Vorschlägen für weitere Publikationsprojekte. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang z. B. auf die handschriftlichen Protokolle des Holzarbeiterverbandes vom Anfang des Jahrhunderts oder die kommentierungsbedürftige Autobiographie von Sassenbach. Ein weiterer Vorschlag zielte auf die Neuausgabe der bis in die Gegenwart fortzuführenden Bibliographie der Gewerkschaftsliteratur von Johannes Sassenbach ab, die so angelegt sein solle, daß damit auch die rechnergestützte Erschließung gemäß den spezifischen Interessen der Einzelgewerkschaften ermöglicht werden kann - als Vorstufe für spätere Bestandsverzeichnisse der Einzelgewerkschaften von ihrer Gründung bis zur Gegenwart.

Bestandszusammenführung des Geheimen Staatsarchivs. Die im Heft 4/5 angekündigte Rückführung von Beständen des Geheimen Staatsarchivs, die während des Zweiten Weltkrieges ausgelagert und später in der Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR verwaltet wurden, hat fristgerecht ihren Abschluß gefunden. Nach den erforderlichen Baumaßnahmen ist im Frühjahr 1993 mit dem Bezug des Ausweichquartiers im Berliner Westhafen begonnen worden. Am 13. April traf der erste Waggon mit Akten aus Merseburg ein, der letzte Transport kam Mitte Dezember an. Damit hatten 25 km Akten ohne besondere Probleme oder Schäden nach 50jähriger Abwesenheit den Weg zurück gefunden. Bis Februar 1994 folgten dann noch die Dienstregistratur, Repertorien, Filme, die Bibliothek sowie verschiedene Geräte und Inventar. Während die Abschlußtransporte zum Teil mit Lastkraftwagen durchgeführt wurden, waren die Archivalien in 56 Waggons hauptsächlich auf dem Schienenweg befördert worden.

Die Aufstellung der Archivalien im Westhafen folgt der Einteilung in Hauptabteilungen und Reposituren, wie sie in der Beständeübersicht der dreißiger Jahre ihren Niederschlag gefunden hat. Obwohl die Durchführung einer Feinrevision und die damit verbundene genaue Ermittlung der Archivalienverluste noch geraume Zeit dauern wird, kann die Beständeübersicht von 1934/39 als Vorabinformation genutzt werden, während für den Dahlemer Bereich die 1966/67 erschienene Beständeübersicht gilt. Die darin aufgeführten 300er-Reposituren befinden sich allerdings weitgehend im Bundesarchiv. Als dringendes Desiderat ergibt sich aus dieser Situation die Neufassung einer Beständeübersicht nach modernen Gesichtspunkten. - Grundsätzlich sind alle Bestände des Geheimen Staatsarchivs wieder zugänglich, Einschränkungen gibt es vor allem bei den Nachlässen und dem Brandenburg-Preußischen Hausarchiv. Die Benutzung der Archivalien hat bereits kräftig eingesetzt. Dank der Einrichtung eines zweiten Forschungssaals

konnte der gelegentliche Ansturm von mehr als 70 Benutzern mit viel Mühe und durch den Einsatz vor allem des Saalpersonals bewältigt werden. In Dahlem bestellte Archivalien aus dem Westhafen stehen in der Regel am übernächsten Tag im Forschungssaal zur Verfügung. Eine vorherige Anmeldung unter möglichst genauer Angabe der benötigten Archivalien erleichtert und beschleunigt selbstverständlich die Benutzung.

Forschungen zur Arbeiterbewegung werden künftig sicherlich durch das von der Historischen Kommission zu Berlin betreute und im Erscheinen begriffene vielbändige Spezialinventar erleichtert. Vorab sei summarisch auf die Reposituren 77 (Preußisches Innenministerium, hier insbes. die Polizeiabteilung), 90 (Staatsministerium), 93 (Ministerium der öffentlichen Arbeiten), 120 (Ministerium für Handel und Gewerbe mit dem von Buck publizierten dreibändigen Spezialinventar), 151 (Finanzministerium) und 191 (Ministerium für Volkswohlfahrt) hingewiesen. Für die Verhältnisse der Landarbeiter ist vor allem die Rep. 83 (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten) heranzuziehen. Detaillierte Informationen auf der Ebene der einzelnen Aktentitel bieten die einschlägigen Repertorien, die in den Forschungssälen eingesehen werden können. Werner Vogel

"Grünes Gedächtnis". Archiv im "Stiftungsverband Regenbogen e. V." Im März 1992 hat der "Stiftungsverband Regenbogen e. V." (siehe "Mitteilungen" Nr. 2/3, S. 37) die Trägerschaft des Archivs "Grünes Gedächtnis" übernommen. Es "wurde eingerichtet, um die Materialien zur Geschichte der gesellschaftspolitischen Grundströmung der grün-alternativen, der Ökologie-, Frauen-, Dritte Welt- und Bürgerbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland zugänglich zu machen. Aufgenommen", heißt es weiter in der Benutzungsordnung, "werden die Archivalien ihrer Organisationen und Institutionen sowie ihrer Persönlichkeiten".

Eine Bestandsübersicht vom Juli 1992 gliedert sich in folgende Quellenkomplexe: Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag; insgesamt ca. 5.500 Akten, überwiegend Sachakten, 10. Wahlperiode (WP): 1983 bis 1987, 11. WP: 1987 bis 1990. - Akten aus den Arbeitskreisen und Abgeordnetenbüros der Fraktion, überwiegend 11. WP, aus den Themenbereichen Haushalt, Wirtschaft, Finanzen; Arbeit und Soziales; Recht und Gesellschaft; Raumordnung und Verkehr; Umwelt; Frauenpolitik; Bildung, Wissenschaft, Technologie; Außenpolitik Nord/Süd, Ost/West. - Dokumentation der Fraktion (systematische Sammlung der Arbeitsergebnisse, der Veröffentlichungen, Sitzungsprotokolle etc., 10. und 11. WP). - Pressemitteilungen und Pressespiegel. 10. und 11. WP). - Akten aus den Funktionsbereichen der Fraktion: parlamentarische Geschäftsführung und Fraktionsgeschäftsführung, Pressestelle, Referat Öffentlichkeitsarbeit u.a., 10. und 11. WP. - Zum Bestand gehört ferner eine etwa 550 Titel umfassende Handbibliothek zur Politik der sozialen Bewegungen und der GRÜNEN.

Bei den Fraktionsunterlagen handelt es sich in der Hauptsache um Protokolle, Veröffentlichungen, Parlamentsinitiativen u.ä. sowie um Sachakten (Informations- und Materialsammlungen) zu allen wesentlichen Themenbereichen grün-alternativer Politik. Die sachgerechte archivarische Aufarbeitung des Materials ist bereits als Arbeitsschwerpunkt in Angriff genommen und z. Zt. fast beendet. - Die Nutzungsmöglichkeiten werden durch § 3 der Benutzungsordnung wie folgt eingeschränkt: "Für alle Akten und Unterlagen, die sich nach ihrem wesentlichen Inhalt auf eine natürliche Person beziehen, gilt eine Sperrfrist bis 10 Jahre nach dem Tod des/der Betroffenen. Diese Sperrfrist gilt nicht für die Betroffenen selbst, sofern nicht schutzwürdige Interessen Dritter dagegenstehen. - Für alle Akten und Unterlagen, die staatlichen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen, gelten Nutzungsbeschränkungen nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes. - Die Sperrfristen können verkürzt werden, wenn das Archivgut zu benannten Zwecken benutzt wird und wenn sichergestellt ist, daß das Persönlichkeitsrecht auf informationelle Selbstbestimmung des/der Betroffenen nicht beeinträchtigt wird. - Aktenbestände, die dem Archiv von privaten Personen überlassen wurden, unterliegen Benut-

zungsbeschränkungen, wenn und soweit diese mit den vorherigen Eigentümern vereinbart worden sind. Für die abgebende Stelle ist die Nutzung uneingeschränkt möglich."

Das Archiv finanziert sich aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, die vom Stiftungsverband Regenbogen e. V. eingeworben werden. Die angestrebte Erweiterung der Archivarbeit "wird von der Erhöhung der für Archive vorgesehenen Mittel abhängen (nach 1994)". - Nach ihrer archivwissenschaftlichen Erschließung werden die Bestände auf dem Wege der elektronischen Datenverarbeitung erfaßt. An Hilfsmitteln stehen den "NutzerInnen" neben den Findbüchern Personalcomputer für individuelle Recherchen zur Verfügung.

St.R.-Fü.

Anschrift: "Grünes Gedächtnis". Archiv im Stiftungsverband Regenbogen, Römerstr. 71, 53332 Bornheim-Widdig. - Tel.: 02236-59236. - Fax: 02236-59237.

Eine Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Dresden: In der Wendezeit setzte sich Juliane Krummsdorf mit Nachdruck dafür ein, DDR-Literatur, insbesondere auch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, vor der drohenden Vernichtung zu bewahren. Die Argumente der engagierten parteilosen Bibliothekarin fanden beim Landesvorstand Sachsen der PDS Gehör. Mit seiner Unterstützung konnte sie zahlreiche Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zusammentragen, unterstellen und schließlich am 1.1.1991 eine kleine wissenschaftliche Bibliothek mit etwa 6.500 Bänden eröffnen. Seit März 1992 ist die Sammlung in repräsentativen Räumen des Hauses Böhmertstraße 4 untergebracht. Alle Bestände sind in Freihandaufstellung systematisch geordnet und stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Schwerpunkte sind Kunst, Politik und Wirtschaft der DDR sowie Marxismus und Arbeiterbewegung. Die Entleihungsmöglichkeit ist zur Zeit eingeschränkt, Kopiereinrichtung ist vorhanden. Die Bibliothek ist Mitglied des Deutschen Bibliotheksverbandes, Sektion 5.

Dr.-Alfred-Klahr-Gesellschaft gegründet. Am 13. November 1993 wurde am zukünftigen Sitz der Gesellschaft in Wien 14, Drechslergasse 42, die konstituierende Generalversammlung der Dr.-Alfred-Klahr-Gesellschaft abgehalten. Dem Aufruf eines Proponentenkomitees folgten mehr als siebzig Personen. Zum Präsidenten gewählt wurde Hans Hautmann. Die Vereinigung hat es sich zur Aufgabe gestellt, das Archiv und die Bibliothek der Kommunistischen Partei Österreichs und ihre Leihgaben zu verwalten, zu erschließen und diese Sammlung auszubauen. Entsprechend ihren Statuten will sie auch einen Beitrag zur Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung leisten. Von ihrem Konzept her ist sie, obwohl sie in enger und kollegialer Verbindung zur KPÖ steht, eine eigenständige Organisation, die offen und bereit ist, mit jedem zusammenzuarbeiten, der die Vereinsziele vertritt und sich mit ihnen identifizieren kann.

Mit der Namensgebung unterstreicht der Verein nicht allein seinen wissenschaftlichen Anspruch, sondern bringt auch zum Ausdruck, daß die Parteinahme für die Sache der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Sozialismus als Leitlinie zu verstehen ist. Alfred Klahr (1904-1944), Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ, war es, der sich nach dem 7. Weltkongreß der KI im Auftrag der KPÖ mit der Frage der nationalen Selbständigkeit Österreichs beschäftigte. Im Frühjahr 1937 leitete er mit zwei Artikeln im damals illegal erscheinenden "Weg und Ziel", dem theoretischen Organ der KPÖ, eine Diskussion ein, in der es um den Nachweis der Eigenständigkeit der österreichischen Nation ging. Er wies nach, daß sich in einem langen Prozeß die österreichische aus der deutschen Nation herausbildete und eine selbständige historische Entwicklung nahm. Das war ein wichtiger Faktor für den Kampf gegen die Bedrohung durch Hitlerdeutschland und nach März 1938 für den Widerstand gegen die Naziokkupanten. Alfred Klahr wurde im Mai 1941 im französischen Exil verhaftet, im August 1942 nach Auschwitz deportiert und fiel im Juli 1944 unter den Kugeln der SS.

Verein und Bestände werden gegen Jahresende 1994 in die Drechslergasse 42 übersiedeln. Hier werden dann geeignete Voraussetzungen für die Lagerung des Materials und optimale Arbeits- und Benutzungsbedingungen gewährleistet sein. Willi Weinert

<u>Das Archivgesetz der Russischen Föderation.</u> Mit dem Inkrafttreten der "Grundlagen für die Gesetzgebung der Russischen Föderation betreffend den Archivfonds der Russischen Födera-

tion und die Archive", beschlossen vom Obersten Sowjet Rußlands am 7. Juli 1993, erhielt der Prozeß der Reformierung des russischen Archivwesens die dringend benötigte Gesetzesbasis. 1 Vorausgegangen war die Verstaatlichung der früheren Parteiarchive durch Erlaß des Präsidenten Rußlands vom 24. August 1991, eine Verordnung der Russischen Regierung vom 22. Dezember 1992 über die Neugestaltung der Leitung des Archivwesens in Rußland ("Bestimmungen über den Staatlichen Archivdienst Rußlands")2, sowie einzelne Gesetze zu Fragen, die das Archivwesen tangieren. Erst die "Grundlagen" schaffen jedoch das gesetzliche Fundament für die Regelung der Beziehungen zwischen Bürgern, Gesellschaft und Staat auf nämlichem Gebiet, sichern ein einheitliches Vorgehen auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation.

Die "Grundlagen für die Gesetzgebung der Russischen Föderation betreffend das Archivwesen der Russischen Föderation und die Archive" bestehen aus 7 Abschnitten und 25 Artikeln. Sie sind verbindliche Leitlinie für alle entsprechenden Gesetze und normativen Akte sowohl der Föderation als auch ihrer einzelnen Glieder. Die "Grundlagen" lassen keinerlei Raum für irgendwelche Vorrechte oder Privilegien bei der Organisation bzw. Nutzung von Archiven. Alle - sowohl Eigentümer als auch Nutzer der Archive - sind vor dem Gesetz gleich. - An die Stelle der ehemals straff zentralisierten Leitung tritt ein Leitungssystem, das sich auf gesetzlich geregelte Beziehungen und klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche zwischen der Föderation und ihren Gliedern gründet. Die konkreten Fragen werden in den Regionen selbständig entschieden. Der Staatliche Archivdienst hat in erster Linie Sorge zu tragen, daß in ganz Rußland einheitliche Normative Anwendung finden. - Das Gesetz definiert den "Archivfonds der Russischen Föderation", dem alle auf dem Territorium Rußlands befindlichen Archive und Archivbestände zugehören. Dabei wird erstmals unterschieden zwischen einem staatlichen und einem nichtstaatlichen Teil dieses Fonds. Den nichtstaatlichen Teil bilden Bestände und Dokumente, die Eigentum gesellschaftlicher, religiöser usw. Vereinigungen oder auch Privateigentum juristischer wie natürlicher Personen sind. Nicht zugelassen sind Geheimarchive. Der möglichen Gefahr von Verlusten wertvoller Bestände in nichtstaatlichen Archiven wird durch mehrere Festlegungen vorgebeugt, u.a. durch die Verpflichtung staatlicher Erfassung jeglicher Archivdokumente oder durch das Verbot der Ausfuhr besonders wertvoller Dokumente ohne staatliche Genehmigung. - Das Gesetz regelt das Recht auf Bildung von Archiven und den Schutz der Eigentumsrechte. - Im Abschnitt über die staatliche Leitung des russischen Archivwesens, über die Finanzierung und materiell-technische Versorgung der Archive und Einrichtungen ist speziell vorgesehen, daß die nichtstaatlichen Archive von den Einrichtungen des staatlichen Archivdienstes Unterstützung erbeten können. Ebenfalls vorgesehen ist auch die mögliche Teilnahme gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen an der Entwicklung des Archivwesens. - Ausführliche Festlegungen enthalten die "Grundlagen" über die Aufbewahrung, Komplettierung, Erfassung und Nutzung von Archivbeständen. Alle Eigentümer von archivwürdigen Dokumenten werden verpflichtet, deren Unversehrtheit zu gewährleisten. Die staatlichen Archive werden für breiteste Nutzerkreise des In- und Auslandes geöffnet. Exakt ist festgelegt, in welchen Fällen welche Sperrfristen gelten. Festgeschrieben werden auch das Recht der freien Verfügung über die in den staatlichen Archiven gewonnenen Informationen sowie das Verfahren im Falle ihrer kommerziellen Verwertung. - Der letzte Abschnitt der "Grundlagen" regelt die internationale Zusammenarbeit und legt die Bedingungen für die Ausfuhr von Dokumenten bzw. Kopien über die Grenzen der Russischen Föderation hinaus fest.³

Renate Leuschner

¹ Den Text der "Grundlagen" und eines nachfolgenden Regierungsbeschlusses vom 23.8.93 "Über die Realisierung der staatlichen Politik im Archivwesen" siehe: "Otetschestwennyje archiwy" 1993, H.5, S. 3-13.

² Den Text der "Bestimmungen" und des diesbezüglichen Regierungsbeschlusses sowie ein Interview mit dem Leiter des Staatlichen Archivdienstes R.G. Pichoja siehe: Ebenda, H.2, S. 3-11.

³ Einen ausführlichen Kommentar der Verfasser der "Grundlagen" siehe: Ebenda, H. 6, S. 3 - 9. Auf den folgenden Seiten 9 - 16 findet sich ein Bericht von einer Anfang Oktober 1993 in Moskau abgehaltenen Konferenz mit ca. 300 Teilnehmern aus 61 Regionen Rußlands zu "Aktuellen Problemen der Leitung des Archiv-

wesens und zur wirtschaftlichen Tätigkeit der russischen Archiveinrichtungen" sowie der Text der von der Konferenz formulierten Empfehlungen.

Sammlungen des Ohara-Instituts für Soziale Forschung und der Bibliothek der Hosei-Universität in Japan über die deutsche und europäische Arbeiterbewegung sowie die Märzrevolution 1848*. Das Ohara-Institut für Soziale Forschung ist nicht nur als Zentrum für die Forschung der sozialen und Arbeiterbewegungen in Japan, sondern auch durch Sammlungen über die japanische und europäische Arbeiterbewegung bekannt. Das Institut, das ursprünglich 1919 in Osaka von dem liberalen Unternehmer Magosaburô Ôhara gegründet wurde, gehört seit 1949 der Hosei-Universität in Tokio an. Es gibt die wichtigsten Quellen der japanischen sozialen und Arbeiterbewegungen (bis jetzt über 200 Bde) wieder heraus, veröffentlichte das Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie (15 Bde, 1968-85) und die Große Chronik zur sozialen und Arbeiterbewegung 1858-1985 (4 Bde, 1986-87), publiziert regelmäßig das Japanische Jahrbuch für Arbeit sowie die Zeitschrift des Ohara-Instituts für Soziale Forschung (monatlich). Alle diese Publikationen sind zweifellos für die Forscher der japanischen und internationalen Arbeiterbewegung von grundsätzlichem Interesse und sehr nützlich.

Weil die Quellen und Schriften zur Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung im Ohara-Institut sehr umfangreich und schwer übersehbar sind, sind hier nur einige der wichtigsten Sammlungen zu nennen:

- 1. Die Paul-Eltzbacher-Bibliothek ist eine wertvolle Sammlung von Büchern und Flugschriften über den Anarchismus in aller Welt.
- Die Kyôchôkai-Bibliothek sammelt alle Bücher des 1919 halbamtlich gegründeten Instituts (Kyôchôkai) und enthält auch viele deutsche und europäische Publikationen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.
- 3. Die Sakisaka-Itsurô-Bibliothek, die Sammlung eines der bekanntesten japanischen Wissenschaftler der politischen Ökonomie, wurde 1985 dem Institut übergeben. Sie umfaßt vor allem die teilweise schwer zugänglichen Bücher und Zeitschriften des Marxismus und der deutschen Arbeiterbewegung.
- 4. Die Sammlung von Flugschriften der Märzrevolution 1848 enthält fast 100 wertvolle Flugschriften, die während der Märzrevolution in Deutschland publiziert wurden. Gemeinsam mit der Sammlung der Hosei-Universität über die Revolution von 1848/49 in Berlin und der Privatsammlung des Chikara Rachi über die Revolution von 1848/49 in Wien bildet sie die Grundlage der japanischen Forschung über die Märzrevolution.
- 5. Die Zeitschriftensammlung der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung umfaßt z. B. Vorwärts, Die Rote Fahne, Die Internationale, L' Humanité usw. Der Schwerpunkt der Sammlung liegt u.a. im Frühsozialismus, in der Revolutionsperiode von 1848/49, im Anarchismus sowie in der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Besonders erwähnenswert ist, daß die Bibliothek der Hosei-Universität seit einigen Jahren sehr zahlreiche wertvolle Flugblätter, Flugschriften, Zeitschriften und Protokolle der Märzrevolution hauptsächlich in Berlin und Wien gesammelt hat. Die Sammlung enthält ungefähr 400 seltene Schriften, z. B. "Tante Voss mit dem Besen" Nr. 1-6, "Zelten Gedanken ohne Mißverständnisse" Nr. 1, "Kladderadatsch" Nr. 1-34, "Handschriftliche Protokolle der Sitzungen des Ausschusses der Bürger, National-Garde und Studenten" Nr. 1-21 usw. Sie wird zur Forschung der Märzrevolution in Japan in hohem Maße beitragen. Yasuo Sohma

* Professor Ritsu Ijûin von der Hosei-Universität hat mir freundlicherweise die Informationen über die Sammlung der Märzrevolution gegeben.

Neue MEGA. Am 9. Juli 1993 faßte das Plenum der neuen Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) den Beschluß, die Betreuung des "Akademievorhabens Marx-Engels-Gesamtausgabe" zu übernehmen. Auf Empfehlung der für dieses Vorhaben eingesetzten Kommission unter der Leitung des Politologen Herfried Münkler wurde gleichzeitig

beschlossen, der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) beizutreten. Am 9. Oktober 1993 beschloß der Vorstand der IMES eine entsprechende Satzungsänderung. Die sieben festen Stellen der MEGA-Arbeitsstelle der BBAW wurden nach erfolgter Ausschreibung im Frühjahr 1994 mit Bewerbern aus den alten und den neuen Ländern neu besetzt. Außer der MEGA-Arbeitsstelle der BBAW arbeiten z.Zt. zwei Gruppen in Moskau unter der Leitung von Georgij Bagaturija bzw. Elena Arzanova und eine deutsch-französische Gruppe in Trier/Aixen-Provence unter der Leitung von Hans Pelger und Jacques Grandjonc an MEGA-Bänden. Außerdem führen einige frühere Mitarbeiter unter dem Schirm der IMES ihre Bände zu Ende. Anfang 1993 erschienen zwei noch unter der Verantwortung der alten Redaktion bearbeitete Bände (I/20 und II/4.2) sowie die neuen Editionsrichtlinien. Ende 1994 soll der erste nach diesen bearbeitete Band (IV/3) erscheinen.

Aus dem Tagungsgeschehen

Protokoll der Fortsetzung der 3. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. am 18.3.1994, 16-18 Uhr, im Sitzungssaal der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv*

Versammlungsleitung: Frau Dolatowski

Anwesend: 45 Mitglieder, 1 Gast

Tagesordnung:

- 1. Änderung der Satzung
- 2. Fortsetzung des Kassenberichts
- 3. Öffentlichkeitsarbeit
- 4. Verschiedenes
- Zu 1) Im Interesse der Erreichung der Gemeinnützigkeit wurden folgende Vorschläge zur Änderung der Satzung mit wenigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen:
- § 7, Abschnitt 1, Ergänzung:
 - "Die Durchführung der Jahresversammlung soll bis spätestens zum Ende des 2. Quartals des darauffolgenden Jahres erfolgen."
- § 7, Absatz 3
 - "Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formellen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand selbst vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen vom Vorstand allen Mitgliedern baldmöglichst mitgeteilt und von der nächsten Mitgliederversammlung bestätigt werden."
 - § 10

Bei der Auflösung des Vereins "oder Wegfall seines bisherigen Zweckes" ergänzen.

- Zu 2) Herr Hornbogen berichtete, daß nun alle Belege vorlägen und der Förderkreis über einen Kontostand von 2885,34 DM (einschließlich einer Spende unbekannter Herkunft von 90,- DM) sowie über einen Bargeldbestand von 2173,57 DM verfüge. Nach Bestätigung der Darlegung durch die Kassenprüferinnen erfolgte die Entlastung des Kassenwarts und des Vorstands für das Geschäftsjahr 1993 mit 42 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Zum neuen Kassenwart wurde einstimmig Frau Elisabeth Ittershagen gewählt.
- Zu 3) In seinen Ausführungen zur Öffentlichkeitsarbeit schlug Herr Benser vor, einmal im Vierteljahr eine Veranstaltung durchzuführen. Die Stiftung wäre bereit, einen Raum dafür zur Verfügung zu stellen und die Einladungen zu übernehmen. In Erwägung gezogen wurden zwei Reihen:
- a) "Archivare, Bibliothekare und Forscher als Partner"

Den Auftakt hierzu bildete die Veranstaltung mit Herrn Reiser am 18.3.1994 (siehe S. 9 des vorliegenden Heftes). Als weiterer Referent käme Herr Oldenhage zum Thema "Was muß der historisch Forschende vom Datenschutz wissen?" in Frage.

b) "Aus Akten und Büchern der Stiftung gearbeitet"

Hier vorgesehene Themen sind:

- "Neubeginn und Altlasten in der zentralen Überlieferung der KPD" (G. Benser)
- "Rundfunk und Fernsehen der DDR selbst erlebt und an Akten geprüft" (E. Selbmann)

Ferner könnten M. Pikarski zur soeben vorgelegten Quellenpublikation über Kriegsgefangene, H. Gemkow über Paul Singer und W. Otto über "Aufsässiges Verhalten in der SED" sprechen. Herr Benser informierte, daß seitens der Stiftung ein Angebot zur Nutzung des Vorraums zum Wilhelm-Pieck-Zimmer vorliege. Die Benutzung dieses Raums habe lediglich die Haftung bei grober Fahrlässigkeit, die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung und bei Anforderung Führungen durch das Wilhelm-Pieck-Zimmer durch Mitglieder des Förderkreises zur Voraussetzung. Der Vorstand empfehle die Annahme dieses Angebots.

Die Diskusion bestätigte die Vorschläge und ergab ergänzende Hinweise auf mögliche Referenten (z. B. C. Stern) und Themen ("Das Jahr 1968 und die Rolle Walter Ulbrichts", "50. Jahrestag der Befreiung", "Wie geht es mit der MEGA weiter?"). Kritische Bemerkungen gab es zur Vervielfältigung des optisch schwer lesbaren letzten Jahresberichts. Der Einseitigkeit in der Auswertung der Archivdokumente entgegenzuwirken, die Presse intensiver über die Vielfalt der verfügbaren Quellen zu unterrichten und auch kleinere Formen der schriftlichen Öffentlichkeitsarbeit (Faltblätter) zu nutzen, waren weitere Vorschläge der Diskussion.

Zu 4) Hinweise gab es zum Protokoll der Jahresversammlung am 4.12.1993. Mit 43 Stimmen bei zwei Enthaltungen folgte die Versammlung dem Vorschlag der Versammlungsleitung, eine schriftliche Bemerkung von Herrn A. Meyer als Ergänzung zum Protokoll dieser Versammlung zu betrachten. In dieser Bemerkung wendet Herr Meyer ein, daß er als Vorsitzender des Bundes der Antifaschisten in Berlin-Lichtenberg weder das Recht noch die Möglichkeit habe, das Mitteilungsblatt herauszugeben. Er sei lediglich in der Lage, Einladungen zu schreiben und diese oder auch Werbematerialien des Förderkreises zu verteilen.

Außerdem ist auf Seite 2, 4. Zeile der Name Krammendorf in Krummsdorf zu korrigieren.

- Herr Skrzypczak brachte eine Beschlußvorlage ein, die sich anläßlich einer geplanten Neustrukturierung der Historischen Kommission zu Berlin gegen Pläne wendet, die Geschichte der Arbeiterbewegung im Forschungsprogramm auf einen nachgeordneten Platz zu verweisen und die IWK thematisch auf den territorialen Rahmen von Preußen und seinen Nachbarländern zu reduzieren. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Entwurf einstimmig zu und ermächtigte den Vorsitzenden, der Öffentlichkeit von diesem Beschluß bei zweckmäßig erscheinender Gelegenheit Kenntnis zu geben.
- Eine Anfrage nach dem Schicksal des Leipziger Museums zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die nur zum Teil beantwortet werden konnte, war Anlaß für die Empfehlung, über das Museum und ähnliche Institutionen Nachforschungen anzustellen und darüber zu informieren.
- Die Umbenennung von Straßennamen im Ostteil Berlins veranlaßte die Frage, ob der Förderkreis nicht in diese Diskussion eingreifen sollte. Der Vorsitzende appellierte an alle Mitglieder, sich mit Wissen und Verantwortungsbewußtsein in die Diskussion dazu einzubringen.
- Es wurde Kritik an der Ungastlichkeit des Hauses (fehlende Kopiermöglichkeit, kein Kaffeeautomat, keine Möglichkeit zum Telefonieren) geübt. Frau Dolatowski informierte darüber, daß die Einrichtung eines Aufenthaltsraumes im Erdgeschoß vorgesehen sei. Herr Benser wird die Kritik an Herrn Reiser weitergeben.
- Frau Hochmuth regte eine Diskussion mit den Einlegern an, um das Vertrauensverhältnis zur Stiftung herzustellen. Sie machte auf den bevorstehenden 50. Todestag Ernst Thälmanns aufmerksam.

Mit einem Dank für die lebhafte Diskussion bendete Frau Dolatowski die Jahresversammlung.

Protokoll: H. Sommer

^{*} Gekürzte Fassung. Der vollständige Text ist in der Geschäftsstelle des Förderkreises einzusehen.

Wissenschaftliche Tagung zu Stand und Perspektiven der Erforschung der DDR-Geschichte. Im April hatte der Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam, zu einer wissenschaftlichen Fachtagung zu "Stand und Perspektiven der Erforschung der DDR-Geschichte" eingeladen. - Zu Beginn der Konferenz wies der Leiter des Arbeitsbereiches, Prof. Dr. Hermann Weber, darauf hin, daß die Vertreter der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung damit seit 1980 zum vierten Mal in Mannheim zusammenkämen, um sich gegenseitig über ihre Aktivitäten zu informieren. Kooperationen zu erleichtern sowie Überschneidungen in der Forschung zu vermeiden. Angesichts der mittlerweile vollzogenen Neuordnung der zeitgeschichtlichen Forschung an den Universitäten sowie in außeruniversitären Einrichtungen in den neuen Bundesländern sei - vier Jahre nach der letzten Mannheimer Tagung - eine Bestandsaufnahme geboten. Den gestiegenen Stellenwert, den die zeitgeschichtliche DDR-Forschung fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur in der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft besitzt, belegte bereits die Tatsache, daß über siebzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den alten und neuen Bundesländern der Einladung gefolgt waren. Neben dem Mannheimer Arbeitsbereich berichteten sechs neugegründete Forschungsinstitute, die sich mit der DDR-Geschichte beschäftigen, über ihre laufenden und geplanten Forschungsprojekte. Gleiches taten im Anschluß daran dreizehn Lehrstuhlinhaber, die sich selbst der DDR-Forschung widmen oder in nennenswertem Umfang Arbeiten zu diesem Themenfeld betreuen. Nach den Vertretern zweier KZ-Gedenkstätten informierten außeruniversitäre Forschungsgruppen und Vereine, die zum Teil aus der Bürgerbewegung hervorgegangen sind, über die Vielzahl ihrer Vorhaben und Publikationen, die sie trotz unzureichender finanzieller Förderung bislang verwirklichen konnten. Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, berichtete über den Stand und die Probleme bei der Neuordnung des deutschen Archivwesens und forderte die anwesenden Wissenschaftler als Nutzer dieser Archive dazu auf, daran mit Anregungen und konstruktiver Kritik mitzuwirken. Dr. Jochen Laufer, Berlin, umriß die gegenwärtige Archivsituation in Moskau. Die dreitägige Konferenz endete mit einer Generaldebatte, die sich an den Beitrag des Bundestagsabgeordneten Markus Meckel über die Arbeit der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" anschloß. Allgemein wurde in der Diskussion die Notwendigkeit der Fortsetzung dieser Form des Informationsaustausches betont, und Hermann Weber versicherte namens der Veranstalter, daß zum Ende des Jahrzehnts die 5. Mannheimer Tagung zu "Stand und Perspektiven der Erforschung der DDR-Geschichte" bereits fest eingeplant sei. Über insgesamt 759 jüngst abgeschlossene, derzeit laufende sowie in Planung befindliche Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte informiert eine vom DDR-Arbeitsbereich im Auftrag der Enquete-Kommission erstellte Umfrage, deren Ergebnisse auf der Tagung vorgetragen wurden und in Form einer Broschüre veröffentlicht werden. Der DDR-Arbeitsbereich wird die Umfrage in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Deutschland Archiv kontinuierlich weiterführen Ulrich Mählert

Walter-Markov-Kolloquium in Leipzig. Walter Markov, der wohl bedeutendste Historiker der untergegangenen DDR, hat bis zu seinem Tod am 3. Juli 1993 die sogenannte Neugestaltung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft mit wachem und besorgtem Interesse verfolgt. Insbesondere beschäftigten ihn Überlegungen, wie die aus dem akademischen Leben ausgegrenzten ostdeutschen Historiker Wirkungsmöglichkeiten außerhalb des institutionalisierten Wissenschaftsbetriebes erhalten könnten. So unterstützte er 1991 nach Kräften die Gründung des Rosa-Luxemburg-Vereins in Leipzig, der noch vor Markovs Tod den Status einer parteinahen Stiftung und damit auch gewisse materielle Möglichkeiten erlangte. Mit einem gehaltvollen Veranstaltungsprogramm sowie einer eigenen Heftreihe hat der Verein selbst jenseits der sächsischen Landesgrenze Aufmerksamkeit gefunden.

Markov konnte also auch in dieser Hinsicht über seinen Tod hinaus etwas bewirken. Daran erinnerte der Historiker Volker Külow (Leipzig/Bonn) auf einem Kolloquium zu Ehren Walter Markovs, das der Rosa-Luxemburg-Verein und die Leipziger Karl-Lamprecht-Gesellschaft am

16. und 17. April 1994 in der sächsischen Messestadt veranstalteten. Generalthema des zweitägigen Treffens war der Einfluß, den Markovs Vorstellungen, Taten und Ergebnisse auf die Geschichtsschreibung in der DDR sowie im näheren und ferneren Ausland, aber auch auf andere Disziplinen ausübten. Dazu gab es ein facettenreiches Programm von zwei Dutzend Vorträgen, bestritten u.a. von dem Rechtsphilosophen Hermann Klenner (Berlin), der zum Thema "Rechtsentwicklung von unten versus Rechtsentwicklung von oben" sprach, dem Erkenntnistheoretiker Dieter Wittich (Leipzig), der Analogien zwischen wissenschaftlichen und politischen Revolutionen nachspürte, den Historikern Walter Schmidt (Berlin), der beschrieb, wie Markovs Arbeiten zur Französischen Revolution seit den 60er Jahren die Diskussion um die 48er Revolution beeinflußten, und Lothar Rathmann (ehemals Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig), der die Verdienste des Geehrten um eine interdisziplinäre Profilierung der Afrikaund Nahostwissenschaften in Leipzig ins Blickfeld rückte.

Man darf erwarten, daß auch dieses Kolloquium nicht folgenlos bleiben wird. Zu weiterer Diskussion forderte insbesondere die These des Leipziger Historikers Mathias Middell heraus, daß der Marxist Walter Markov mit seinem pluralistischen Verständnis von Wissenschaft insofern gescheitert sei, als es von der Geschichtswissenschaft in der DDR im großen und ganzen nicht mitgetragen wurde. Und Anlaß zu einer von Moralinübersäuerung freien Betrachtung über Wissenschaftsentwicklung in der DDR bietet sicher auch die Bemerkung seines Berliner Kollegen Wolfgang Küttler, daß Walter Markov einer war, der die vorhandenen Spielräume voll ausschritt, ohne die Grenzen selbst in Frage zu stellen, die er als vorübergehende Begleiterscheinungen einer Sache ansah, die er konsequent als die eigene betrachtete. Holger Becker

Veranstaltungskalender

Neubeginn und Altlasten in der zentralen Überlieferung der KPD. Zur fünfbändigen Edition "Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland", Reihe 1945/46. - Eröffnung einer gemeinsamen Vortragsreihe der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft am 9. Juni, 19,30 Uhr. Ref.: Prof. Dr. Günter Benser. Wilhelm-Pieck-Str. 1, 10119 Berlin (Prenzlauer Berg); Vortragssaal 401.

Zur politischen Biographie von Leo Jogiches aus der Sicht neuer Quellenfunde. - Veranstaltung des Berliner Gesprächskreises Arbeiterbewegung am 23. Juni, 18 Uhr. Ref.: Prof. Dr. Feliks Tych (Warschau). Historische Kommission zu Berlin. Kirchweg 33, 14129 Berlin (Nikolassee).

Zur Marxismusrezeption in der KPD. - Veranstaltung innerhalb einer Gesprächsreihe des Vereins "Helle Panke" am 13. September, 19 Uhr. Ref.: Prof. Dr. Klaus Kinner. Breite Str. 48, 13187 Berlin (Pankow).

Sozialdemokraten im FDGB. Forschungsergebnisse aus Quellen von Gewerkschaftsüberlieferungen. - Vortragssreihe der Stiftung Archiv, des Förderkreises sowie der J.-Sassenbach-Ges. am 22. September (Uhrzeit noch offen). Ref.: Dr. Detlev Brunner. Wilhelm-Pieck-Str. 1 (siehe oben).

Rosa Luxemburgs Marxismus-Verständnis und der sogenannte Luxemburgismus. - Veranstaltung des Vereins "Helle Panke" am 11. Oktober, 19 Uhr.

Ref.: Prof. Dr. Annelies Laschitza. Breite Straße 48 (siehe oben).

Bucharin und Trotzki als Kritiker der Katechisierung des Leninismus durch Stalin. - Veranstaltung des Vereins "Helle Panke" am 8. November, 19 Uhr. Ref.: Dr. Wladislaw Hedeler. Breite Straße 48 (siehe oben).

Über das Spannungsverhältnis zwischen Forschungsfreiheit und Persönlichkeitsschutz. - Veranstaltungsreihe der Stiftung Archiv, des Förderkreises sowie der J.-Sassenbach-Ges. (Ende November oder Anfang Dezember; auch Uhrzeit noch offen). Ref.: Dr. Klaus Oldenhage, Abteilungspräsident im Bundesarchiv. Wilhelm-Pieck-Str. 1 (siehe oben).

*

Ein internationales wissenschaftliches Symposium anläßlich des 100. Todestages Friedrich Engels' plant ein von Prof. Dr. Theodor Bergmann (Im Asemwald 26, 6, 215; 70599 Stuttgart) geleitetes Vorbereitungskomitee für den 9. - 12. Oktober 1995 an der Universität Wuppertal. Es soll unter dem Generalthema "Friedrich Engels - revolutionärer Sozialist und Theoretiker - Neueinschätzung nach den ersten 100 Jahren" stehen und will folgende Problemkomplexe in den Mittelpunkt stellen: - Epistemologie, Dialektik, historischer Materialismus, Natur - Ökonomie, Politik und Theorie der Geschichte - Der Revolutionär Friedrich Engels: 1848, Erste Internationale und danach, Zweite Internationale.

Fachliteratur

Neue Dokumentenpublikationen, Bestandsübersichten, Inventare, Bestandsanalysen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Ein Sammelbericht

Vorbemerkung:

Im Folgenden wird auf jüngst erschienene Veröffentlichungen zum Forschungskomplex deutsche und internationale Arbeiterbewegung in Auswahl aufmerksam gemacht. Zum Teil basieren die Veröffentlichungen auf Quellen, die von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv verwahrt werden oder andererseits in engem quellenkundlichen Zusammenhang mit den dortigen Beständen von Archiv- und Bibliotheksgut stehen.

Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates; vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß / hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna. - Berlin: Akademie Verlag Berlin, 1993. -LXXX, 958 S. ISBN 3-05-002247-7.

Aus vielfältigen Gründen sind erst 75 Jahre nach der deutschen Revolution 1918/19, einem der bedeutsamsten Wendepunkte in der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, die entsprechenden Dokumente, bisher nur in wenigen Einzelstükken bekannt, in einer sehr sorgfältig betreuten Edition nunmehr einer breiten Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglich. Das verdient größte Anerkennung. Denn mit der vorliegenden Veröffentlichung wird die Lücke für die Erforschung und Darstellung der deutschen Revolution von 1918/19 und ihrer zentralen Organe geschlossen. Möglich war das durch die akribische Recherchen der drei Herausgeber: Prof. Dr. Gerhard Engel, Dr. Bärbel Holtz und Prof. Dr. Ingo Materna in den Archiven der Bundesrepublik wie dem Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam; der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), dem Archiv der sozialen Demokratie Bonn - Bad Godesberg, dem Bayrischen Hauptstaatsarchiv München und last not least dem Landes-/Stadt-Archiv Berlin.

In der Einleitung (S. VII - LXIII) werden Darlegungen zu folgenden Problemkreisen gemacht: 1. Über das Projekt (S. VII - IX), 2. Zum Entstehen der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (S. X-XX-VI), 3. Überstellung, Zusammensetzung und Aktivitäten der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte (S. XXVII - XLV), 4. Zur Struktur der Quellen (S. XCV - LX), 5. Zur Einrichtung der Edition (S. LX-LXIII). Eine insgesamt durch umfangreiche Quellenanmerkungen abgesicherte Darstellung. Ihr

schließt sich an das Verzeichnis der Dokumente (S. LXIV - LXXVII) und das Literaturverzeichnis (S. LXXXV-LXXXVI). Den Hauptteil der Publikation bildet die Edition von 151 Dokumenten aus dem Zeitraum von Ende Oktober 1918 bis zum 21. Dezember 1918 (S. 1 - 917). Hervorzuheben ist die vollständige Wiedergabe der in den verschiedenen Archiven ermittelten Dokumente. Alle Dokumente sind sorgsam u. a. in den Angaben zu den erwähnten Persönlichkeiten sowie bei bestimmten - heute nicht ohne weiteres als bekannt vorauszusetzenden -Sachverhalten kommentiert. Ohne auf Einzelheiten der Edition einzugehen, kann hervorgehoben werden, daß durch die Veröffentlichung erstmals auch vielschichtige Einblicke in das "Innenleben" eines zentralen Organs in der deutschen Revolution 1918/19 ermöglicht werden. Durch die vollständige Edition der Texte der Archivdokumente ergibt sich ein obiektives Bild über die Tätigkeit des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte mit allen seinen Höhen und Tiefen. Ungeachtet des dadurch entstandenen großen quantitativen Umfangs der Publikation wird auch für die noch ausstehenden Bände der Edition für das angewandte Prinzip der ungekürzten Textwiedergabe der relevanten Dokumente plädiert. Die Bedeutung der Dokumente und die wissenschaftliche Problematik der Rätebewegung verdienen und rechtfertigen die Fortsetzung der Edition in der im ersten Band praktizierten Methode. Auslassungen, Kürzungen oder nur ausschließliche Regestierung von Dokumenten würden möglicherweise den vorzüglichen Wert der in Angriff genommenen Edition sehr beeinträchtigen. Diese Überlegung sollte auch bei den Verantwortlichen des Akademie-Verlags Berlin als Richtschnur bei künftigen Entscheidungen über den weiteren Fortgang der Publikation mit berücksichtigt werden. Ein Personenregister (S. 919-935) und ein Sachregister (S. 937-958) beschließen die in jeder Hinsicht beachtenswerte Publikation. Auf eine rasche Fortsetzung der Edition sind die Leser des vorliegenden ersten Bandes gespannt. Den Herausgebern ein Dankeschön für die Mühen um ein solches Werk.

Protokolle des Landesblockauschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs / eingel. u. bearb. von Fritz Reinert. - Weimar: Verl. Hermann Böhlaus Nachf., 1994. - LIII, 434 S. (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; Bd. 30) ISBN 3-7400-0883-0; ISSN 0138-4775.

Als erstes der 5 Landeshauptarchive in den neuen Bundesländern tritt das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam mit einer beachtenswerten Quellenedition zur jüngsten Zeitgeschichte hervor. Nachdem vor acht Jahren durch Siegfried Suckut die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-

ausschusses publiziert worden sind¹, liegen erstmals vollständig Quellenzeugnisse regionaler Herkunft zur Blockpolitik in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland bzw. in der späteren DDR vor. Die hier ungekürzt veröffentlichten Sitzungsprotokolle des Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien der Provinz bzw. des Landes Brandenburg und die ergänzenden Anlagen stammen fast ausschließlich aus den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, insbesondere der früheren Bezirksparteiarchive der SED Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus. Ergänzungen stellte freundlicherweise das ehemalige Archiv der CDU (Ost) in Berlin zur Verfügung.²

Der Edition ist eine griffige regionalgeschichtliche Einleitung zum Problem "Blockpolitik" in Brandenburg im Kontext der gesamtpolitischen Lage Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der historischen und theoretischen Wurzeln der Blockpolitik vorangestellt (S. XIII - LI). Ihr schließt sich an eine Tabelle der wichtigsten im Landesblockausschuß behandelten Sachthemen 1945 -1950 (LII - LIII). Die "Editorische Vorbemerkung" macht den Leser mit der angewandten editorischen Methode bekannt. Insgesamt werden 145 Dokumente veröffentlicht (S. 3 - 420). Eine zusätzliche Kommentierung der Dokumente erfolgte vor allem zum Verständnis von Fakten und Sachverhalten im Anmerkungsapparat. Sehr zu begrüßen sind die ausführlichen Personalangaben über die Sitzungsteilnehmer, die sich insgesamt auf die Tätigkeit bis Ende 1950 beziehen. Ein Literaturverzeichnis (S. 421-424) sowie ein Personenregister (S. 425-432) und ein Ortsregister (S. 433-434) sind Bestandteil der Publikation.

Die jüngste Veröffentlichung steht in der guten Tradition der Schriftenreihe des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, die in gemeinsamer Arbeit von Archivaren und Historikern bereits in der Vergangenheit wichtige Beiträge zur brandenburgischen Landesgeschichte³ und speziell zur Geschichte der Arbeiterbewegung⁴ der interessierten wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich machte.

- 1 Vgl. Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses. Quellenedition. Köln 1986.
- 2 Die Bestände befinden sich jetzt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. hierzu die neue Kurzübersicht von Günter Buchstab: Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht. 3. veränd. Aufl. Melle 1992 XVI, 272 S.
- 3 Vgl. das detaillierte Resümee von Lieselott Enders: Brandenburgische Landesgeschichte in der DDR. Dem Andenken Rudolf Lehmanns gewidmet. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte. NF des Korresspondenzblattes. 127 Jg. 1991. S. 305 327 mit umfangreicher Bibliographie.

4 Vgl. die Einzelnachweise zur Fondspublikation "Dokumente aus geheimen Archiven" (das sind die Akten des Polizeipräsidiums Berlin). In: Veröffentlichungen von Staatsarchiven (mit Schriftenreihen). Bearb. v. Eberhard Schetelich. In: AM 37(1987)3, S. 106-111, bes. S. 108-109.

Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung. Für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin / bearb. von Hans-Holger Paul. Im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. [Projektmitarbeiter: Karl Kollmann, Gabriele Mirhoff, Walter Momper, Arnold Seul, Hanni Skroblies, Michael Graf Westarp]. K. G. Saur. München. London. New York, Paris 1993. - X, 996 S.

Als Teil eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten und vom Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, fachlich betreuten Gesamtprojekts zur "Sicherung von Quellen zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung im In- und Ausland" konnte erstmals ein Gesamtüberblick über relevante Nachlässe in Archiven und Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Okt. 1990 geboten werden. Eine besondere Publikation ist den im Archiv der sozialen Demokratie verwahrten Nachlässen vorbehalten¹, da deren Aufnahme in das vorliegende Inventar den Gesamtumfang gesprengt hätte. Redaktionsstand ist der 31. Dez. 1988, so daß z. B. die nach der Vereinigung Deutschlands zugänglichen Nachlässe in den Archiven der beigetretenen Bundesländer und Ost-Berlins keine Berücksichtigung fanden. Im Interesse der wissenschaftlichen Öffentlichkeit sollten Bearbeiter, Herausgeber und Förderer darüber nachdenken, wie das höchst verdienstvolle Projekt auch die reichen, in den Archiven der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, der Akademie der Künste, Stiftung Archiv, Berlin, dem Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam², den Landeshauptarchiven. Stadt- und Kreisarchiven der fünf Bundesländer vorhandenen Überlieferungen an Nachlässen alsbald vorstellt. Der Stand der wissenschaftlichen Erschließung dieser Quellengruppe ist angesichts der besonderen Interessenlage der früheren DDR-Geschichtswissenschaft im allgemeinen sehr hoch und würde mit einem vertretbaren finanziellen und personellen Aufwand zügig realisierbar sein.

Das Inventar ist in seinem inhaltlichen und formalen Aufbau geprägt durch eine große Benutzerfreundlichkeit. Folgende Angaben sind - sofern der Erschließungszustand es ermöglicht - immer wiederkehrend aufgeführt: Name und Vorname ggf. Pseudonym des Nachlassers; Lebensdaten; kurze Lebensbeschreibung; Standort des Nachlasses; Art des Erwerbs, Beschreibung des Inhalts ggf. unter Hervorhebung einzelner Teile der Überlieferung; Hinweise auf Benutzungseinschränkungen. Als sehr hilfreich erweisen sich die zahlreichen Register, die dem Nachlaßverzeichnis (S. 1-727) beigefügt sind, so das Verzeichnis der im Inventar aufgeführten Namen (S. 737-867), Verzeichnis der im Inventar aufgeführten Institutionen (S. 869-969) sowie das Verzeichnis der im Inventar aufgeführten Periodika (S. 971-985). Auf diese Weise lassen sich zahlreiche inhaltliche Querverbindungen zwischen den einzelnen Nachlässen herstellen. Eine vorzügliche, sehr zu schätzende zusätzliche Aufbereitung für den Nutzer dieses Inventars. Das Verzeichnis der Standorte mit Archiven, Bibliotheken, Institutionen (S. 987-996) beschließt die Veröffentlichung.

Zusammen mit anderen vor kurzem erschienenen Publikationen³ zu Fragestellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung ist das vorliegende Inventar ein unerläßliches Kompendium für jeden auf diesem Gebiet Forschenden.

Der Volkswagen-Stiftung ist für die materielle Unterstüzung, dem K. G. Saur Verlag für die Aufnahme des Titels in sein Verlagsprogramm und für die vorzügliche Gestaltung an dieser Stelle zu danken.

- 1 Vgl. hierzu Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bestandsübersicht. hrsg.: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn Bad Godesberg. 1994. 63 S. bes. S. 15-30; siehe unten.
- 2 Vgl. speziell: Gerlinde Grahn: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und 1945 in den Nachlässen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam. In: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29(1993)1, S. 26-43.
- 3 An dieser Stelle seien besonders genannt: Inventar Quellen zur deutschen politischen Emigration 1933-1945. Hrsg. i. A. der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung von Heinz Boberach u. a. Bearb. v. Ingrid Schulze-Bidlingsmaier u. a. München u. a. 1994. -CCII, 368 S. = Nachlaß. Verzeichnisse zur deutsch-sprachigen Emigration. Schriften der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung) sowie das Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutsch-sprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Klaus-Dieter Lehmann. München u. a. 1993. 2 Bde. XX, 1327 S. = Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek Nr. 19 (Nachlaßverzeichnisse zur deutschsprachigen Emigration).

Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bestandsübersicht. Hrsg.: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn-Bad Godesberg 1994. - 63 S. Abb. -ISBN 3-86077-233-3.

Hans-Holger Paul und Gisela M. Krause, verantwortlich für die Erarbeitung dieser Bestandsübersicht, geben der interessierten wissenschaftlichen Öffentlichkeit umfassende Information über den derzeitigen quantitativen und qualitativen Umfang der vom Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) verwahrten Archivbestände, Sammlungen und Bibliotheksgut. Damit ist die vor 10 Jahren außerhalb

des Buchhandels erschienene Veröffentlichung 1 nicht mehr aktuell. Die neue Veröffentlichung weist folgende inhaltliche Gliederung auf: Geschichte des Archivs der sozialen Demokratie (S. 9-12), Sammelschwerpunkte (S. 13), Abteilung I Nachlässe und Deposita (S. 15-30); Abteilung II Bestände der SPD-Parteiführung und des Parteivorstandes sowie zentraler sozialdemokratischer Parlamentsfraktionen (S. 31-33); Abteilung III Bestände von sozialdemokratischen Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen (S. 34-40); Abteilung IV Andere Organisationen und Institutionen - außer Gewerkschaftsbewegung (S. 41-44); Abteilung V Nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung (S. 45-46), Abteilungen VI Sammlungen (S. 47-49). Au-Berdem werden praktische Hinweise für den Archivund Bibliotheksbenutzer des AdsD gegeben (Technische Einrichtungen, Abdruck der geltenden Benutzungsordnung). Eine ausführliche Beständeübersicht steht noch aus und wäre eine wichtige Forderung. Doch bereits jetzt können eine Vielzahl ergänzender Informationen über die inhaltliche und quantitative Struktur der vom AdsD verwalteten Archiv-, Bibliotheks- und Sammlungsbestände aus unlängst erschienenen Publikationen entnommen werden, wo entweder das AdsD wertvolle Zuarbeit² geleistet hat oder selbst als Herausgeber³ hervorgetreten ist. Als sehr positiv zu bewerten ist, daß die Publikation jetzt über den Buchhandel direkt bezogen werden kann. Dank und Anerkennung für die inhaltlich wie typographisch benutzerfreundliche Gestaltung.

- Archiv der sozialen Demokratie. Friedrich-Ebert-Stiftung. Hrsg.: Archiv der sozialen Demokratie - Friedrich-Ebert-Stiftung. -Bonn 1984. - 36 S. Abb.
- 2 Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Klaus-Dieter Lehmann. München u. a. 1994. Bd. 1 u. 2, 1327, = Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek Nr. 19 (Nachlaßverzeichnisse zur deutschsprachigen Emigration) sowie Quellen zur deutschen politischen Emigration 1933-1945: Inventar von Nachlässen, nichtstaatlichen Akten und Sammlungen in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland / hrsg. im Auftrag der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung von Heinz Boberach, Patrik von zur Mühlen, Werner Röder und Peter Steinbach. Bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier ... München u. a. 1994. XXII 368 S.; siehe unten
 - (Nachlaßverzeichnisse zur deutschsprachigen Emigration. Schriften der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung).
- 3 Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung. Für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin. Im Auftrag des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung bearb. von Hans-Holger Paul. München u. a. 1993. X, 996 S. Deutsche Arbeiterpresse auf Mikrofilm. Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bearb. v. Hermann Rösch, Walter Wimmer und Rüdiger Zimmermann. Hrsg. von

der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. - Bonn 1992. - VII, 181 S. ISBN 3-86077 - 146-9.

Brunner, Detlev: Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte: Bestandsverzeichnisse Ostberliner Archive zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1933. - Essen 1992. - 316 S. = Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der Europäischen Arbeiterbewegung: Schriftenreihe B, Quellen und Dokumente; Bd. 2)

Das vorliegende Inventar stützt sich ausschließlich auf die jetzt in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv befindlichen Quellen des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED und des ehemaligen Zentralarchivs des FDGB. Im Gegensatz zu dem Titel der Publikation sind leider keine weiteren Archive im früheren Ost-Berlin, wie z. B. die heute im Landesarchiv Berlin vereinigten Bestände des Stadtarchivs Berlin/Ost, die reiche Quellen zum Thema enthalten1, berücksichtigt. Nach einer Einleitung (S. 10-15), in der wesentliche Aussagen zu den beiden Archiven, aus denen die Quellen stammen, gemacht und Hinweise zum Aufbau des Bestandsverzeichnisses gegeben werden, folgt das Bestandsverzeichnis (S. 18-281). Das Bestandsverzeichnis folgt einem nach Organisationen geordneten, hierarchischen und chronologischen Gliederungsprinzip, wodurch alle im früheren ZPA und im FDGB-Archiv überlieferten Quellen den jeweiligen Dach- und Mitgliedsorganisationen der freien, der christlichen, der Hirsch-Dunckerschen sowie der sonstigen Gewerkschaften und gewerkschaftsähnlichen Verbände zugeordnet wurden. Die archivalische Überlieferung zur europäischen Gewerkschaftsbewegung ist nach Ländern gegliedert. Ihr schließen sich Quellen zur nordamerikanischen Gewerkschaftsbewegung, zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik, Quellen aus den Beständen Historisches Archiv der KPD, Flugblattsammlung der KPD, Deutsche Flugblattsammlung und Komintern an. Abschlie-Bend folgen zum Thema des Inventars relevante Nachlaß-Überlieferungen. Ein Abkürzungsverzeichnis (S. 282-285) sowie ein Personenindex (S. 286-290), ein Geographischer Index (S. 291-295) und ein Index der Organisationen und Verbände (S. 296-316) sind Bestandteil der Veröffentlichung. Die Reihe "Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte" sollte unbedingt eine zielgerichtete Fortführung erfahren so u. a. durch die Einbeziehung weiterer Archive in Berlin (so u. a. die Dienststelle Berlin-Hoppegarten des Bundesarchivs, des Landesarchivs Berlin sowie verschiedener Wirtschaftsarchive u. a. m.) und der Archive in den ostdeutschen Ländern. Letzlich sollten angesichts des Bestandsergänzungszuwachses sowie der Verbesserung des Erschließungszustands in den verschiedenen Archivbereichen der Alt-Bundesrepublik auch diese Ouellen in die angezeigte Schriftenreihe einbezogen werden.

1 Vgl. hierzu: Das Landesarchiv Berlin und seine Bestände. Bearb. von Klaus Dettmer, Sylvia Fiedler, Regina Rousavy, Uwe Schaper, Sigurd-H. Schmidt, Heike Schroll, Christiane Schuckard, Volker Viergutz, Jürgen Wetzel. Red.: Sigurd H. Schmidt. 2. Aufl. - Berlin 1992. 608 S. = Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin Bd. 1. hrsg. von Jürgen Wetzel.

Aktueller Stand der Literatur und Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Sozialgeschichte in der Tschechoslowakei. (Friedrich-Ebert-Stiftung. - Bonn 1992. 143 S. Typoskript; außerhalb des Buchhandels erschienen).*

Feliks Tych: Gegenwärtiger Stand der Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in polnischen Archiven, Bibliotheken und Museen. (Übersetzung aus dem Polnischen: Horst Ziska). - Friedrich-Ebert-Stiftung. - Bonn 1993. - 60 S. ISBN 3-86077-218-X. In loser Abfolge veröffentlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung quellenkundliche Informationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Archiven, Bibliotheken und Museen. Kompetente Vertreter ihrer Länder geben detailreiche Informationen zum aktuellen Entwicklungsstand der o. a. Bereiche.

Wenn auch gemessen am Umfang beide Publikationen unterschiedlich sind, vermitteln diese für den Leser und Nutzer wichtige Daten zur spezifischen historischen und staatsorganisatorischen Entwicklung der früheren CSR (alle Angaben nach dem Stand vor der Bildung selbständiger Staaten) und der Republik Polen und deren Auswirkungen auf das Quellenprofil der Archive, Bibliotheken und Museen. Kernteil beider Publikationen sind die in beiden Fällen vorzüglichen quellenkundlichen Ausführungen (bei Feliks Tych durch eine Vielzahl von Literatur- und Quellennachweisen in den Anmerkungen untersetzt) zu den zentralen Archiven, Bibliotheken und Museen. Ergänzt werden diese durch analytische Beschreibungen des Profils regionaler Archive. Bibliotheken und Museen der drei Staaten. Als Orientierungshilfe höchst nützlich sind die in beiden Fällen beigegebenen Anschriftenverzeichnisse.

Als Anregung für die Herausgeber sollte überlegt werden, ob nicht analoge Publikationen zur Quellenlage in russischen und bulgarischen Archiven Bibliotheken und Museen folgen könnten. Das wäre angesichts der langjährigen und vielseitigen Beziehungen zwischen der deutschen Arbeiterbewegung und der Arbeiterbewegung dieser Länder nur gerechtfertigt. Außerdem wäre es ein produktiver Schritt in Richtung Europa, das auch Osteuropa einschließt.

Dank sei der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Aufnahme beider Titel in das Veröffentlichungsprogramm ausgesprochen.

 Siehe hierzu auch die ausführliche Annotation in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nummer 4/5, 1992, S. 41-42

Quellen zur deutschen politischen Emigration 1933-1945: Inventar von Nachlässen, nichtstaatlichen Akten und Sammlungen in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland / hrsg. im Auftrag der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung von Heinz Boberach, Patrik von zur Mühlen, Werner Röder und Peter Steinbach. Bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier unter Mitwirkung von Ursula Adam, Volkmar Elstner und Mitarb. in den Archiven. - München; New Providence; London, Paris 1994. - XXII, 368 S. = Nachlaßverzeichnisse zur deutschsprachigen Emigration. Schriften der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung.

Das vorliegende Inventar bietet nach dem Erfassungsstand von Ende 1993 eine Übersicht über in deutschen Archiven verwahrte nichtstaatliche Quellen zur deutschsprachigen Emigration 1933-1945. Mit vorliegender Publikation, die im Kontext langjähriger in der Alt-Bundesrepublik Deutschland¹, aber auch in der früheren DDR u. a. im Bereich der Literaturwissenschaften² betriebenen Forschung zur Emigration 1933-1945 steht, ist ein neuer, qualitativ hochwertiger Schritt getan worden. Erfaßt wurden die Akten von Exilorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, parteinahen Verbänden (S. 1-27), parteiübergreifende Organisationen (S. 27-40), Presse (S. 40-45) und Sammlungen (S. 45-58). Auf über 200 Seiten werden Angaben zur archivalischen Überlieferung von Nachlässen der Emigranten (S. 59-280) geboten. Ein einheitliches Darstellungsschema erleichtert die Übersicht. Zu jedem Archivbestand werden - sofern zu ermitteln folgende Angaben gemacht: Bezeichnung des Bestandsbildners, Kurzbeschreibung des Bestandsbildners, Archiv- und Bestandsbezeichnung, Überlieferungsgeschichte, Umfang, Laufzeiten, Erschließungszustand, Benutzungsbeschränkungen, Literaturangaben, Inhaltsangaben zur Überlieferung. Die Einleitung (S. XVII-XXII) macht den Benutzer dieser verdienstvollen Veröffentlichung mit den quellenkundlichen und bearbeitungstechnischen Aspekten des Projekts bekannt. Ein Abkürzungsverzeichnis (S. 281-286), das Verzeichnis der berücksichtigten Archive (S. 287-289), die Liste der zitierten Veröffentlichungen (S. 291-294) sowie verschiedene Indizes (Personenindex S. 295-345, Index der Organisationen und Institutionen S. 347-365 und geographischer Index S. 367-368) sind höchst nützliche Beigaben zu der mit großer Genauigkeit gearbeiteten Publikation. Für den Forschungskomplex nationale und internationale Arbeiterbewegung ist dem Umfang und der Bedeutung der verschiedenen Quellen nach ein Potential erschlossen, das gezielt für neue Fragestellungen, aber auch zur Verifizierung und Präzisierung von Aussagen in Handbüchern, Gesamtdarstellungen und Spezialuntersuchungen in Ost und West genutzt werden sollte. Die Vielfalt und Gewichtigkeit der nachgewiesenen Quellen verbietet es an dieser Stelle, Details hervorzuheben. Viele Quellen, so die in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv vereinigten Bestände, werden erstmals in einer Breite und Ausführlichkeit beschrieben, wie es aus verschiedenen Gründen bisher nicht geschehen war³. Die gleiche Feststellung kann für die nachgewiesene archivalische Überlieferung des früheren Zentralarchivs des FDGB4 und des Zentralen Akademiearchivs⁵ und der Archive der Wissenschaftlichen Abteilungen Literatur und Sprachpflege, Musik und darstellende Kunst⁶ zum insbesondere interessierenden Forschungskomplex Geschichte der Arbeiterbewegung konstatiert werden. Zusammen mit dem Inventar ist ein Einführungsband⁷ erschienen, in dem die vorliegenden Arbeitsergebnisse der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung ausführlich erläutert werden. 3 Beiträge sollen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden: Werner Jochmann: Deutschland nach Hitler - Deutsche Demokraten im Exil und ihr Ringen um die Zukunst des Landes (S. 14-23); Werner Röder: Habent sua fata... - von Schriften des Exils und ihren Irrwegen (S. 24-34); Heinz Boberach: Zur Geschichte der politischen Emigration aus Deutschland 1933 - 1945. Ausgewählte Dokumente aus deutschen Archiven (S. 35-58).

Mit vorliegender Publikation ist auf eindrucksvolle Weise der Kampf der Emigration gegen die NS-Herrschaft gewürdigt worden. Dafür sei der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung, Hamburg, der Dank ausgesprochen. Kurt Metschies

- 1 Vgl. z. B. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. 3 Bde. Hrsg. Institut für Zeitgeschichte München u. Research Foundation of Jewish Immigration Inc. New York. Bearb. Werner Röder, Herbert A. Strauss. München u. a. 1980-1983, sowie das Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von Klaus-Dieter Lehmann München u. a. 1993. 2 Bde. XX, 1327 S. u. a. n.
- 2 Vgl. z. B. die verschiedenen Veröffentlichungen der Akademie der Künste der DDR wie u. a. die auch gegenwärtig noch fortgeführte Reihe: Analytische Bibliographien deutschsprachiger literarischer Zeitschriften. Begr. v. Gerhard Seidel. Red.: Volker Riedel u. Barbara Voigt. - Berlin und Weimar, später: München 1972-1994 Bd. 1-14.
- 3 Vgl. z. B. die verschiedenen Veröffentlichungen über die Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED: Heinz Voßke: Zentrales Parteiarchiv 1963-1973. - Berlin 1973 24 S. mit Abb.; Fünfzehn Jahre Zentrales Parteiarchiv der SED 1963-1978. - Berlin 1978. 58 S. mit Abb., Heinz Voßke: Das Zentrale Parteiarchiv der SED. - Berlin 1988. - 40 S. mit Abb.

- 4 Vgl. die bei Karlheinz Kuba: Archiv- und Bibliotheksbestände zur Gewerkschaftsgeschichte in der Johann-Sassenbach-Stiftung, in: IWK 27(1991)1, S. 35-43, angegebene Literatur.
- 5 Vgl. die verschiedenen Beiträge von Mitarbeitern des Zentralen Akademiearchivs in der Fachzeitschrift "Archivmitteilungen"; hierzu siehe die Gesamtinhaltsverzeichnisse 1-35 Jg. 1951-1985. Potsdam 1970, 1976, 1981 u. 1986.
- 6 Vgl. zusammenfassend die Angaben in: Akademie der K\u00fcnste der DDR. Handbuch 1982-1986. Hrsg. i. A. des Pr\u00e4sidiums der Akademie der K\u00fcnste der DDR. Berlin 1988. - 343 S.
- 7 Schicksale deutscher Emigranten: auf der Suche nach den Quellen; Arbeitsergebnisse der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung / hrsg. von der Herbert-und Elsbeth-Weichmann-Stiftung. München u. a. 1993. 70 S. = (Schriften der Herbert- und Elsbeth-Weichmann-Stiftung: Einführungsband).

Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917 bis 1920. Hrsg. von einem deutsch-russischen Redaktionskollegium unter Leitung von Inge Pardon und Waleri W. Shurawljow, Band 1: Dokumente 1917 bis 1919; Band 2: Dokumente 1920, Anhang, K.G. Saur, München, New Providence, London, Paris 1994, 792 S.

Die von einem deutsch-russischen Redaktionskollegium besorgte umfassende Dokumentation über deutsche Kriegsgefangene in Sowietrußland erhellt einen spezifischen Abschnitt deutsch-russischer Beziehungen. Von den Herausgebern überwiegend aus ehemals sowietischen Archiven zusammengetragen, ist sie ein Beispiel dafür, wie durch sorgsamen quellenkritischen Umgang mit Dokumenten Voraussetzungen für eine sachliche Untersuchung der revolutionären Kriegsgefangenenbewegung in ihrer Gesamtheit geschaffen werden können. Die keineswegs nur für Historiker der Arbeiterbewegung interessanten 771 chronologisch geordneten Originalzeugnisse werden zu über 90 Prozent, davon ein Großteil in deutscher Übersetzung aus dem Russischen, erstmals veröffentlicht. Sie belegen die Breite und Vielfalt iener Entwicklungen, die unter deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in der Anfangszeit der russischen Revolution vor sich gingen. Anhand von Berichten, Rundschreiben, Protokollen, Briefen und Anordnungen von zentralen und örtlichen Kriegsgefangenenorganisationen, einschließlich solcher von Organen der Revolutionsmacht, läßt sich nachvollziehen, wie die etwa 160 000 bis 180 000 deutschen Kriegsgefangenen die Revolution erlebten und wie Teile von ihnen etwa 5000 bis 6000 - in die militärische Auseinandersetzung um die Macht der Sowjets einbezogen wurden. Hervorzuheben ist das quelleneditorische Niveau, das die Bearbeiter walten ließen. Mit Sachkenntnis und Einfühlung erfolgte die Bearbeitung der russisch- wie der deutschsprachigen Texte. Deren Verständnis wird erleichtert durch Anmerkungen zu allen Dokumenten, die Herkunft, Charakter, Schrift und Sprache erläutern sowie Angaben zu

Personen machen und Hinweise auf weitere Dokumente geben. Ein umfangreicher Anhang, der auch ein Verzeichnis der Archive, Periodika und eine Literaturauswahl enthält, rundet die Ausgabe ab. Wenn ein Wunsch zu äußern ist, so betrifft er das knappe Vorwort, das - einer solchen Edition angemessen - durchaus ausführlicher sein könnte, namentlich zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem historischen und politischen Umfeld, in dem die Kriegsgefangenen agierten.

Zum deutschen Neuanfang 1945 - 1949; Tatsachen - Probleme - Ergebnisse - Irrwege; die deutsche Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. - Bonn: Pahl-Rugenstein, 1993, 400 S. - (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 19); 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. -Bonn: Pahl-Rugenstein. 1994. 313 S. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung: 21). Am 18.1.1992 wurde in Berlin der marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der Partei des Demokratischen Sozialismus gegründet. Der Arbeitskreis versteht sich als ein parteiübergreifendes Gremium, das zum Zusammenwirken von Historikern und historisch Interessierten aus den alten und neuen Bundesländern, die sich der Geschichte der Arbeiterbewegung und dem Antifaschismus verbunden fühlen, beitragen will. Seit seiner Gründung hat der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission der Deutschen Kommunistischen Partei und der Marx-Engels-Stiftung e. V. in Wuppertal vier Konferenzen zu wichtigen Themen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veranstaltet. Protokolle der drei ersten Konferenzen liegen jetzt als Band 19 und 21 der Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung gedruckt vor. Das Protokoll der vierten Konferenz, das dem Thema "Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919 -1994. Ansprüche - Ergebnisse - Erfahrungen" gewidmet war, erscheint voraussichtlich ebenfalls in der Schriftenreihe im Juni 1994. Jürgen Stroech

Personalien

Kuratorium der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv: Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Walter Priesnitz; Vertreter: Dr. Waldemar Ritter. - Vertreter des Deutschen Bundestages: Reiner Krziskewitz, MdB; Vertr.: Prof. Dr. Alexander Fischer; Dr. Oscar Schneider, MdB; Vertr.: Prof. Dr. Manfred Wilke; Gerd Wartenberg, MdB; Vertr.: Markus Meckel, MdB; Prof. Dr. Hermann Weber; Vertr.: Prof. Dr. Bernd Faulenbach; Dirk Hansen, MdB; Vertr.: Uwe Lühr, MdB. -

Vertreter der Bundesregierung: Bundesministerium des Innern: Staatssekretär Dr. Walter Priesnitz; Vertreter: Dr. Waldemar Ritter; MinR Hans-Günter Kowalski; Vertr.: RD'n Regine Buyel-Fromm; RD Gerhard Schindler; Vertr.: ORR Thomas Haller. -Bundesministerium der Finanzen: MinR Dr. Hans-Heinrich Dreßler; Vertreter: RD Dr. Wolfgang Teske. - Bundesministerium für Forschung und Technologie: RD Dr. Ulrich Krafft; Vertreter: RR Dr. Matthias Philipps.

Vertreter der Länder: Sitzland Berlin: Staatssekretär Dr. Winfried Sühlo (Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten); Vertr.: Senatsrat Gerhard Nimke.

Gemeinsamer Vertreter der neuen Länder: Dr. Hans-Joachim Schreckenbach; Vertr.: Gerald Kolditz

Bundesarchiv: Präsident Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg.

Vertreter der Archivgut abgebenden Stellen / sonst betroffenen Stellen: PDS: Dr. Gregor Gysi, MdB; Vertr.: Prof. Dr. Lothar Bisky, MdL; Klaus Höpcke, MdL; Vertr.: Prof. Dr. Günter Benser. - Johannes-Sassenbach-Stiftung: Prof. Dr. Helga Grebing; Vertr.: Axel Bowe; Martin Vogler; Vertr.: Rainer Schramm. - Freie Deutsche Jugend: Dr. Hans-Andreas Schönfeldt. - Demokratischer Frauenbund e. V.: Gisela Steineckert; Vertr.: Marianne Piehl. - Friedrich-Ebert-Stiftung: Dr. Jürgen Burckhardt; Vertr.: Dr. Dieter Dowe. (Stand: 30.05.94)

Dr. Konrad Reiser, geb. 1939 in Bad Aibling (Oberbayern). Humanistisches Gymnasium, Studium Geschichte und Soziologie in München und Münster. Dissertation über das Gesandtschaftsrecht Bayerns im Deutschen Reich 1871 bis 1918. Volontär und Redakteur bei der Westfälischen Rundschau in Dortmund bis 1969. Ab 1970 Referendar im Bundesarchiv; bis 1979 Referatsleiter für schriftliche Nachlässe, bis 1987 Leiter der Editionsgruppe "Kabinettsprotokolle der Bundesregierung", bis 1990 Leiter des Grundsatzreferates für nichtstaatliches Archivgut, bis 1993 Leiter der Abteilung Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth; seit Oktober 1993 Direktor der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Mi

Leserzuschriften

Wider die Einäugigkeit

Würde man heute nach dem zeitgeschichtlichen Archiv fragen, das zur Zeit am häufigsten in der Öffentlichkeit erwähnt, besprochen und beschrieben wird - in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in wissenschaftlichen Monographien wie in Gerichtsverfahren, in Anklageschriften wie in Plädoyers - dann erhielte man als Antwort: das ehemalige SED-Ar-

chiv, die jetzige Filiale des Bundesarchivs in der Berliner Wilhelm-Pieck-Straße.

Fragte man weiter nach dem Archiv mit dem wohl reichhaltigsten Sammelgut aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der letzten zwei Jahrhunderte - mit Dokumenten aus der Geschichte von SPD, USPD, KPD, SAP und so weiter, mit Dokumenten aus vielen Kampfphasen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Kampf gegen die Hitlerdiktatur und in der Emigration, mit unschätzbaren persönlichen Nachlässen vieler führender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung - ich bin mir nicht sicher, ob man die gleiche Antwort hörte. Beides macht mich bitter.

Das erste, weil seit der - wie ich weiß, auch mit Zustimmung der PDS erfolgten - Abschaffung der Sperrfrist von dreißig Jahren und dem fast freien Zugang aller Interessenten zum Archivgut neben nützlicher wissenschaftlicher Arbeit auch viel Mißbrauch mit der Veröffentlichung von Dokumenten getrieben wird - sei es mit dem Ziel, Herbert Wehner nachträglich zu diffamieren, sei es, um "neue Überraschungen" in der Angelegenheit Stolpe zu präsentieren und so fort.

Das zweite, weil ich wie auch Sie weiß, um wieviel größere politische und kulturelle Schätze hier zusammengetragen sind, geeignet, die ganze, ungeteilte Geschichte Deutschlands (und nicht nur herausgelöste, zusammenhangslos betrachtete Sensationen oder Skandale) der Mit- und Nachwelt zu vermitteln. Wenn ich mir eine bessere, aktive Öffentlichkeitsarbeit unseres Förderkreises wünsche, dann sollte das zweite Arbeitsfeld im Vordergrund stehen: Man könnte Vorträge zu Teilaspekten und Führungen von jungen Menschen, vor allem von Studierenden, organisieren sowie auch eigene Dokumentationen publizieren. Und ganz gewiß wird auch aus früheren Zeitabschnitten deutscher Geschichte - und nicht nur aus den letzten fünfzig Jahren - Aufsehenerregendes und Nützliches zutage gefördert werden. Erich Selbmann, Berlin

Archive in Großbritannien

Eine Problematik in der Archivpolitik und Schwierigkeiten mit der Verwaltung von Archiven und Nachlässen gibt es nicht nur im wiedervereinigten Deutschland. Auch in Großbritannien bereitet die Aufbewahrung, Pflege, Verwaltung und nicht zuletzt die Finanzierung von Archiven Kopfschmerzen. Ein kurzer Bericht mit einem Ausblick über die Sammlungspolitik im Bezug auf die Arbeiter- und Sozialgeschichte mag Ihre Leser interessieren und denjenigen helfen, die an der Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung in England interessiert sind.

Hierzulande hat es schon seit langem ein sehr differenziertes und verstreutes System von Archiven und Nachlaßverwaltungen gegeben. Das "Public Records Office" - seit einem Jahrzehnt in einem großen neuen Gebäude im Londoner Kew District angesiedelt - ist wohl das älteste und größte der Archive, aber es sammelt heute nur noch die Archivalien der Britischen Regierung, das heißt die Papiere und Dokumente der Zentralregierung und anderer nationaler Behörden und Institutionen. Die Archive der lokalen Behörden und Regierungen (County Councils, Boroughs, Districts usw.) werden in den "County Record Offices" aufbewahrt. Diese enthalten aber auch sehr viel anderes Material, Nachlässe, frühe Dokumente (Rolls, Parish Records, Zeitungen, Karten etc.).

Ungeheuer viel Material, insbesondere Nachlässe, befindet sich allerdings in den Archiv-Abteilungen der großen Bibliotheken, insbesondere in der British Library - früher die Bibliotheksabteilung des schon im 18. Jahrhundert gegründeten British Museum -, aber auch in den Bibliotheken von Oxford und Cambridge, in anderen Universitäten, in der British Library of Political and Economic Science at the London School of Economics, die viel wichtiges Spezialmaterial enthält, und in den großen Stadtbibliotheken. Es ist deshalb oft schwer festzustellen, wo Material, das man sucht, zu finden ist, obwohl das "National Register of Archives" in den letzten Jahrzehnten die Fundstellen von Archivalien registriert und unter dem Titel "Accessions to Repositories and Reports to the National Register of Archives" veröffentlicht hat.

Durch die jährliche Veröffentlichung von Auszügen aus diesen Listen in der Labour History Review (früher Bulletin of the Society for the Study of Labour History) ist die Ermittlung von Materialien zur Arbeitergeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung neuerdings insoweit leichter geworden. Dessen ungeachtet ist doch viel relevantes, besonders älteres Material verstreut und häufig verborgen. Es findet sich in Universitätsbibliotheken, Record Offices und ähnlichen Einrichtungen, aber zentrale Kataloge und Findbücher fehlen oft. Darüber hinaus besteht seit geraumer Zeit die Tendenz bei Organisationen, wie z. B. Gewerkschaften, ihre eigenen Archivalien an Archive abzugeben. Das ist sicher gut vom Standpunkt der Aufbewahrung von Manuskripten, und Konzentration von Archiven kann dem Forscher helfen, aber auf der anderen Seite gehen damit nicht selten mit der Ursprungsinstitution verbundene Spezialkenntnisse verloren. Auch sonst sind mit einer solchen Zentralisierungspolitik natürlich nicht alle Probleme gelöst. So drängt sich die Frage auf, welche Garantie dafür besteht, daß die einmal deponierten Archivalien auch an ihrem neuen Aufenthaltsort adäquat behandelt werden. Die verlagerten Archive bringen im allgemeinen keine "Mitgift" mit sich, und die Größe des Budgets der sie aufnehmenden Institutionen hält nicht notwendigerweise Schritt mit dem Anwachsen des Materials. Hier hat es in den letzten Jahren gerade auf unserem Gebiet interessante Veränderungen gegeben. Sowohl die Labour Party als auch die TUC haben ihre Archive in außerhalb von London

gelegenen Institutionen deponiert. Das erste befindet sich heute in dem "National Museum of Labour History" in Manchester, und das zweite ist im "Modern Record Centre" in der Universität Warwick zu finden. Im letzteren finden wir auch eine große Anzahl von Gewerkschafts-Archiven und in beiden, aber besonders in Warwick, eine wachsende Zahl von Nachlässen, oft von führenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung.

All das ist schön und gut und natürlich eine billige Lösung für Organisationen, die sich, wie die Labour Party, in finanziellen Schwierigkeiten befinden. In einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise der gegenwärtigen Art ist das allerdings keine Gewähr dafür, daß die neuen Institutionen nicht in Schwierigkeiten geraten werden. Das "Modern Record Centre" ist hauptsächlich von der Universität getragen, und Universitätsbudgets werden immer schmaler. Das Museum wird von der Stadt finanziert, und die Finanzen der Lokalbehörden befinden sich heute auf Grund einer scharfen Regierungspolitik in einer sehr prekären Lage.

Dies sind nur Konjekturen, und irgendwie wird man sich wohl "durchwursteln", aber uns fehlt so etwas wie eine landesweite vorausschauende Archivpolitik und eine ausreichende Finanzierung der entsprechenden Einrichtungen. So könnten wir vielleicht von der BRD lernen. Auf der anderen Seite ist die Regierung darauf aus, die "Public Services" so weit wie möglich abzubauen und zu privatisieren. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es vielleicht doch besser, wenn die Arbeiterbewegung sich, wie früher, selbst mehr um die Erhaltung der Zeugnisse ihrer Vergangenheit kümmern würde. "Aber das ist ein weites Feld".

W. L. Guttsman, Norwich

Impressum

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird an die Mitglieder des Förderkreises kostenlos abgegeben. Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt DM 5,- und Versandgebühr. - Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur unter Angabe der Quelle gestattet. Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. - Herausgeber: Dr. Henryk Skrzypczak. - Redaktion: Elrun Dolatowski (verantwortlich), Kurt Metschies, Heinz Sommer. Anschrift: Wilhelm-Pieck-Str. 1, 10119 Berlin.

Mitgliedsbeiträge (DM 20/ Jahr) oder Spenden können auf das Konto des Förderkreises bei der Dresdener Bank, Berlin, BLZ 120 800 00, Kontonummer: 0662821700 eingezahlt werden.